

REZENSIONEN

Jürgen Elvert/Jürgen Nielsen-Sikora (Hg.): Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit (HMRG-Beihefte, Bd. 74), 308 S., Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2009, 58 €.

Rezensiert von Josef Isensee

Was ist Europa? Die Frage findet heute fast überall die einfache Antwort: die Europäische Union. Daß ein Staatenverbund, der noch nicht einmal alle Staaten des Kontinents umfaßt, im allgemeinen Verständnis für den Kontinent selbst steht, ist Zeichen eines einzigartigen politischen Erfolges. Basis des Erfolgs ist der gemeinsame Binnenmarkt, den die ökonomischen Interessen der Mitgliedstaaten im Rahmen eines hocheffizienten supranationalen Zweckverbandes erzielen. Doch die Europäische Union strebt darüber hinaus: vom Zweckverband zur politischen Gemeinschaft, von der Integration der Staaten zur Integration der Bürger, von der Einheit der Interessen zur Einheit der Werte. Der supranationale Funktionalismus sehnt sich nach einer Seele. Doch wo und wie eine Seele finden? Und was für eine Seele?

Die Geographie gibt keine Antwort. Denn Europa, dieser westliche Zipfel der asiatischen Landmasse ist keine geographische Vorgabe, sondern Wille und Vorstellung der Europäer, die ihren Platz auf dem Globus bestimmt, die Erde aufgeteilt und die Welt ihren Kategorien unterworfen haben. Europa, nominell ein Erdteil, ist in Wahrheit das Bild der Europäer von sich selbst. Der Erdteil Europa hat nach Osten keine „natürlichen“ Grenzen und die Europäische Union hat sich bis heute auch keine politischen Grenzen ihrer möglichen Expansion gesetzt. Die Europäische Union sucht ihre Sache nicht in der Religion. Gleichwohl hat das Christentum den gemeinsamen Boden des europäischen Geistes geschaffen hat. Die Bruchlinien des Christentums sind auch die wesentlichen Bruchlinien europäischer Mentalität zwischen dem lateinischen Westen und dem orthodoxen Osten, zwischen dem katholischen Süden und dem protestantischen Norden. Die religiöse Einheit Europas ist längst zerbrochen. Politische Einheit ist nur auf säkularem Fundament möglich. Aus Sorge um ihre (mißverstandene) Säkularität verleugnet und verdrängt die supranationale Organisation die geistige Herkunft Europas aus dem Christentum und weist, peinlich berührt, den Vorwurf des türkischen Ministerpräsidenten zurück, sie sei ein „Club von Christen“. Als Religionsersatz und Seelentrost sollen „Werte“ dienen, die der Vertrag über die Europäische Union in Artikel 2 aufzählt („Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“). Diese „Werte“ sind auf europäischem Boden gewachsen, doch sie beanspruchen universale Geltung und wollen gar kein europäisches Proprium abgeben. Auch die Beschwörung der eu-

ropäischen Geschichte schafft noch keine europäische Seele, zumal die Europäische Union gerade aus der Abkehr eines wichtigen Kapitels der europäischen Geschichte, das der aggressiven Nationalismen, ihren Zukunftssinn zieht. Es bleibt die „europäische Kultur“. Doch diese ist weithin aufgegangen in der US-amerikanisch dominierten Einheitskultur des Westens, und es bedarf heute des sorgfältigen Hinsehens und Hinhörens, um nationale Kulturbesonderheiten wahrzunehmen, und viel guten Willen, um sich kontinental-spezifischer Kultureigenart, die von Irland bis Bulgarien reicht, zu unterstellen.

Die Suche des Brüsseler Apparats nach einer Seele ist bislang vergeblich geblieben und wird es auch bleiben. Um so ergiebiger ist die Suche nach Leitbildern. Kein Wesen kann sich selbst eine Seele einhauchen. Doch ein oder mehrere Leitbilder kann man sich machen, und unter ihnen kann man wählen. Leitbilder können deskriptiv oder präskriptiv, empirisch oder normativ sein: Deutungsmuster für den Historiker, Erklärungsmodelle für den Sozialwissenschaftler, Handlungsentwürfe und Zielprojektionen für die Politik. Die Frage nach dem „Leitbild Europa“ gibt praktischen Sinn, und sie fordert auch die Wissenschaft heraus. „Leitbild Europa?“ bildete das Rahmenthema für 23 Referate und 22 Referenten aus Praxis und Wissenschaft, die sich anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge im März 2007 in den Räumen der EU-Kommission in Bonn zusammenfanden, um an „ausgewählten Fallbeispielen aus dem politisch-ökonomischen und dem gesellschaftlich-kulturellen Bereich“ unterschiedliche Formen der Nutzung und Instrumentalisierung des Begriffs „Europa“ als Leitbild nachzuzeichnen sowie die damit einhergehenden Wirkungen in Wissenschaft und Öffentlichkeit herauszuarbeiten (S. 6).

Die Tagung stand noch unter dem europapolitischen Schock, den das Scheitern des europäischen Verfassungsvertrages in den Plebisziten der Franzosen und der Niederländer ausgelöst hatte. Die Europapolitiker unter den Referenten sahen es als ein alarmierendes Zeichen einer Krise, daß Europa den Bürgern fremd geblieben sei und die bisherige Informationspolitik versage (*Michael Breuer*, S. 12 ff.), daß die grundsätzliche Legitimation europäischer Integrationspolitik brüchig sei und die Integrations Schritte zu einer zweiten Union geführt hätten, nämlich der „Union der Bürger GEGEN die Europäische Union“, daß es an der Zeit sei, zu fragen, wo die Grenzen der Integration und der Erweiterung lägen und ob nicht zuweilen weniger mehr sei, so der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission *Jacques Santer* (S. 18, 23). Das Thema hat an Brisanz seither erheblich zugelegt, seit mit dem Finanzdesaster Griechenlands wie anderer Mitgliedstaaten das Vertrauen in die gegenseitige Seriosität, in die Stabilität des Euro, in die Sicherheit des Rechts zutiefst enttäuscht worden ist und die supranationale Solidarität aufs äußerste belastet wird. Ob *Santers* „politisches“ Leitbild der Europäer als „Kinder der Venus: friedliebend und den angenehmen Seiten des Lebens zugewandt“ – im Unterschied zum negativen der Amerikaner als kriegslüsterner „Kinder des Mars“ – (S. 25) heute noch plausibel ist, sei dahingestellt.

Eine naheliegende Antwort auf die Frage nach dem Leitbild gab *Romain Kirt*: das Leitbild sei der (niemals in Kraft getretene) EU-Verfassungsvertrag in der Festschreibung von Werten, als Werkzeug eines Wir-Gefühls, Regelung von Zu-

ständigkeit und Zielvorgaben (S. 27 f.). Der Lissabon-Vertrag, der nunmehr an die Stelle des Verfassungsvertrages getreten ist, vermeidet, um nationalstaatliche Empfindlichkeit zu schonen, das Reizwort Verfassung, ist jedoch der Sache nach die (materielle) Verfassung der Europäischen Union, als solche ihr rechtsverbindliches Leitbild. Doch die Probe auf die normative Verlässlichkeit hat der Vertrag in der Schuldenkrise bisher nicht bestanden. Vollends gehen keine Integrationsimpulse von ihm aus, und das nicht etwa, weil es an Information fehlte (so aber *Kirt* S. 28), sondern weil EUV mit AEUV und Charta samt Protokollen dem Rechtslaien kaum erklärbar sind, die Vertragspraxis nicht Vertrauen einwirbt und das Leitbild der „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Art. 1 Abs. 2 EUV) bei nicht wenigen vielleicht sogar die Assoziation eines Würgegriffs auslösen würde, wenn sie sich aufrafften, den Text zu lesen.

Der Schwerpunkt des Sammelbandes liegt in den historischen Texten. *Caspar Hirschi* beschreibt die Gefahr, die das Thema dem Historiker bereitet: vom Wunsch beseelt, bei der Konstruktion Europas auch einen Beitrag zu leisten, „eine Komplizenschaft mit den Machteliten“ zu suchen, „sei es als propagandistische Erfüllungsgehilfen oder als mahnende Medienprediger“ (S. 48). Anlass dieses fachkritischen Raisonnements sind Stellungnahmen von Historikern zum EU-Beitritt der Türkei, die sich auf grundrechtliche Argumente stützen. „Anstatt die politische Mythologie der EU zu historisieren, indem man vergangene Europadiskurse in ihre zeitspezifischen Kontexte einbettet und hinter ihrer universalen Rhetorik die partikularen Interessen ihrer Propagatoren herausarbeitet, untermauert man sie, indem man die Diskurse aus ihren Kontexten löst und an unsere Zeit anbindet“ (S. 48). *Hirschi* demonstriert, wie Historisierung *lege artis* betrieben werden kann, und führt zwei humanistische Konstruktionen Europas in ihre eigene Zeit zurück: Enea Silvio Piccolominis kosmographische Schrift mit dem nicht authentischen Titel „De Europa“, dem Bild (lateinisch-)christlicher Einheit der „Europaei“ in nationaler Vielfalt angesichts der Türkengefahr, sowie Sebastian Münsters kartographische Darstellung Europas als Jungfrau mit (spanischer) Krone und (böhmischer) Herzen. Der historische Befund ist gleichwohl (ohne EU-propagandistische Nutzenanwendung) beredt: dass Enea Silvio wie Münster „die nationale Pluralisierung nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung Europas darstellen, im Sinne einer Binnendifferenzierung zum Wohl der religiösen bzw. klimatisch-kulturellen Einheit“ (S. 66).

Nicht frei von „Komplizenschaft mit den Machteliten“ sind die „Reflexionen über die religiöse Grundierung Alteuropas an der Epochenwende vom Mittelalter zur Neuzeit“. Der bei einem historischen Panorama unvermeidlich selektive Umgang mit den Fakten und die notwendige Abstraktion ergeben ein Bild, das den heute herrschenden integrationspolitischen Tendenzen und ihren historischen Legitimationsbedürfnissen entspricht. Exempel zeitgeistsynchronisierter Geschichtsschreibung, wie es sie in allen Epochen und Systemen gegeben hat, nun eben auch in der Ära der EU. „An der Wiege zum modernen Europa“ standen im Mittelalter – neben dem Christentum – „auch die muslimisch-jüdischen Wurzeln“ (S. 35 f.). Diese Wurzeln an der Wiege – schon sprachlich eine kühne Vision! – erweisen sich in ihren gelehrten Fasern als „tendenziell aufgeschlossen“ gegenüber „säkula-

ren Wissenschaften und Technologien“. Die Herrschaft des osmanischen Sultans („als in religiösen Dingen tolerantester Monarch im vormodernen Europa“, S. 37) über Südost-Europa schuf einen der „drei primär religiös determinierten Kulturbereiche“ neben dem lateinischen und dem orthodoxen Kulturbereich auf dem Gebiet der heutigen EU-Staaten und der Beitrittsanwärter (S. 37). Überspielt wird hier, daß die Determination Europas durch den Islam im wesentlichen eine negative ist, für die die Namen Konstantinopel, Lepanto, Wien stehen mögen: als Abwehr der muslimischen Bedrohung von außen, einer Gefahr, die gerade zu Beginn der Neuzeit immerhin so etwas wie ein christlich-kontinentales Wir-Bewußtsein weckte. Die „Parallelgesellschaft“ der „zahlenmäßig beachtlichen nicht assimilierten muslimischen Minderheit“ in Spanien wird eigens hervorgehoben (S. 35), indes die großen Institutionen und Bewegungen des Mittelalters wie Papsttum, Kaisertum, Orden, Städte, Universitäten, Feudalismus, Rechtswesen allenfalls mit einem mageren Wort abgefunden werden. Das Christentum wird widerwillig erwähnt als das nach dem Geschichtsverständnis vormaliger Gelehrter „wesentliche Charakteristikum des geographischen Raums Europa“, doch in einem Atem mit „gravierenden Entfremdungen und Verwerfungen“ in Verbindung gebracht (S. 36) und ihrer missionarischen Aggressivität überführt (S. 33). Die „Wurzeln an der Wiege“ des säkularen modernen Staates standen im lateinischen Europa. Warum ausgerechnet dort – dazu bietet der Text keine Erklärung, vielleicht aber Grund zum Staunen, warum es nicht im muslimischen Kulturbereich mit seiner gerühmten Toleranz dazu gekommen ist.

Sarkastisch bemerkt *Michael Salewski*, die Türkei habe sich heute um Europa verdient gemacht, gewiß ohne es zu wollen, weil sie den Europäern bewußt gemacht habe, was 200 Jahre verschüttet gewesen sei: „sie sind mehrheitlich Christen oder wenigstens in ihren Staatlichkeiten vom Christentum geprägt. Da muß man nicht glauben, gar in die Kirche gehen, man braucht nicht einmal getauft zu sein: das Christliche hat jeder Europäer, ob er nun will oder nicht, wie die Muttermilch in sich aufgesogen – und sei es in schäumender Abwehr oder Verachtung desselben“ (S. 139). – Ein differenziertes, anschauliches Bild der gegenseitigen Wahrnehmung von Türken und Europäern in der frühen Neuzeit, zumal vom Übergang von der (alles andere als grundlosen) Türkenfurcht zur Türkenmode im 18. Jahrhundert, gibt *Vladimir von Schnurbein* (S. 73 ff.).

Ein wichtiges Kapitel der frühneuzeitlichen Staatenbildung ist die Außenpolitik, mit ihr die Entwicklung der Diplomatie, Thema eines Vortrags von *Alfred Kohler* (S. 67 ff.). Die „europäischen Leitbilder der Neuzeit“ (Referate von *Jürgen Elvert*, *Wolf D. Gruner*, *Vanessa Conze*) schwanken zwischen Gleichgewicht und Hegemonie, Wettstreit der Nationalstaaten und den „Vereinigten Staaten von Europa“, die Victor Hugo in einer Rede vor dem französischen Parlament 1861 erstmals beschwor. Die Texte ergeben ein Kompendium aus Realien und Idealen, Kalkül und Vision, Hoffnung und Vertröstung, Einfalt und Arglist. Keines der historischen Modelle, so die Bilanz *Elverts*, ist unmittelbar wirksam geworden für die Geburt der heutigen EU. Vielmehr sei der Anstoß von der zunehmenden Bedrohungslage der beginnenden 1950er Jahre ausgegangen (S. 88). Dagegen findet *Anita Pretenthaler-Ziegerhofer* „Laboratorien für Leitbilder des Europa-

Diskurses“ in den Plänen der Widerstandskämpfer 1940-1945 (S. 126 ff.). Nach *Michael Salewski* kann es ein oder mehrere Leitbilder gar nicht geben. Jeder Zuwanderer könne aus der schier unendlichen Fülle beliebig wählen, mit Ausnahme der „übergeordneten“, „allgemeinen“, „verbindlichen“ (welche sind das aber?). Eben deshalb sei Europa der „bunteste Kontinent der Welt“ (S. 142). Europa als *Aperçu*.

Praktische Wirkung erzielen wirtschaftspolitische Leitbilder auf Recht und Realität des europäischen Binnenmarktes, auch wenn ihnen die modellreine Verwirklichung versagt bleibt: dem Ordoliberalismus deutscher und der Planifikation französischer Observanz sowie der Wachstumspolitik (*Milène Wegmann, Guido Thiemeyer, André Steiner*). Ungeachtet der unvermeidbaren Diskrepanz zwischen Erneuerung, Erwartung und Ergebnis (*Steiner*, S. 252 ff.), zeigen sich gerade hier die großen Erfolge der EU, von denen Impulse zu weiterer Integration ausgehen.

Die Europäische Union wird aus der Sicht verschiedener Mitgliedsländer gesehen in ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen, der Dosierung aus Euphorie und Skepsis, Integrationseifer und Distanz, Eigennutz und Bereitschaft zu Solidarität. Eigene Referate gelten Deutschland (*Michael Salewski*), Spanien (*Birgit Aschmann*), Großbritannien (*Klaus Larres*), Skandinavien (*Stephan Michael Schröder*). *Anna Veronika Wandland* zeichnet ein differenziertes Bild der Strebungen und Sichtweisen der Länder Osteuropas, die, dem sowjetsozialistischen Völkerkerker entronnen, ihrem Selbstbewußtsein nach von jeher zu Europa gehören oder aber nach Europa kommen, mögen sie heute Mitglieder der EU sein oder aber, wie die Ukraine, noch außerhalb ihrer Ostgrenze stehen. „Europa“, das habe für das Kind in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts vor allem eine menschenwürdige, hygienische Arbeits- und Wohnsituation bedeutet (S. 213). Diese aber war zugkräftiger als die diffusen „Werte“ einer europäischen Wertegemeinschaft. Attraktiv ist für die Neumitglieder das Leitbild eines „Europa der Nationen“, das ein Beharren auf nationaler Eigenständigkeit mit dem Nutznießen von Integrationsresultaten verbindet (S. 214). Die Euroskepsis nährt sich auch aus Traditionen der Russophilie und der Slavophilie (S. 215 f.). Nur am Rande erwähnt wird das Europabild als „Kulturwall gegen äußere Feinde“ (S. 215) – doch die Russophobie ist nun einmal eine mächtige Triebkraft der Zuwendung zur EU und zur NATO. Als besondere Attraktion der EU-Mitgliedschaft wird Europa als „Kommunikationsraum und Appellationsinstanz“ dargestellt und davor gewarnt, das neue Hinterland der EU-Ostgrenze als russisches Glacis und Nichteinmischungszone zu akzeptieren und den europäischen Einigungsprozeß an bestimmten kulturellen Grenzen für definitiv beendet zu erklären (S. 216 ff.). Die Vorstellung des deutschen Außenministeriums, daß lateinamerikanische Staaten die EU als Leitbild für eigene Integrationsbemühungen sähen, hält der Analyse von *Walter L. Bernecker* nicht stand; es fehle die Bereitschaft, nationalstaatliche Souveränitätsrechte preiszugeben für den Aufbau übernationaler Institutionen (S. 281 ff.). Zweifel hegt *Reinhard Zöllner*, daß die Regionalkonzepte in Ostasien zu einer EU-analogen Ordnung führen könnten (S. 295 ff.).

„Europa der Bürger“ – das Leitbild zeigt eine neue Stufe der europäischen Integration. Zielte diese ursprünglich auf Integration der Staaten, so richtet sie sich

zunehmend auch auf Integration der Bürger, und zwar nicht nur vermittelt durch die Staaten, sondern tunlichst an diesen vorbei, im unmittelbaren Kontakt zu den nunmehrigen „Unionsbürgern“. Der supranationale Zweckverband sucht „Nähe“ zu den Bürgern zu erreichen, bei ihnen Akzeptanz zu gewinnen und eigene demokratische Legitimation zu finden. Hinter dem Schlagwort vom Europa der Bürger steht die Hoffnung auf die Entstehung einer europäischen Nation. Zu all dem bringt das Referat von *Jürgen Nielsen-Sikora* manches relevante Material, darunter diverse Äußerungen von Politikern. Doch es gelingt ihm nicht, das Thema mit der gebotenen Klarheit zu erfassen und die politischen wie die juristischen Schwierigkeiten, die es birgt, plausibel herauszuarbeiten. Dazu bedürfte es freilich auch des juristischen wie des sozialwissenschaftlichen Rüstzeugs. Für einen Historiker kommt das Thema eines Gärungsprozesses mit ungewissem Verlauf und Ausgang wohl auch zu früh. Da die thematische Orientierung unsicher bleibt, stolchert der Referent mit der begriffsgeschichtlichen Stange im Nebel disparater Vorstellungen über Bürger und Bürgertum. Immerhin mündet der Vortrag in ein europapolitisch korrektes Zitat: „Machen wir voran“ (S. 280).

Der Gesamteindruck: ein thematisch breit aufgefüchertes Sammelwerk, das in einer Vielzahl fachlicher Sichtweisen die Komplexität des europäischen Einigungswerkes sichtbar macht, der größten politischen Erfindung, deren sich unsere Zeit rühmen darf. Eine aufschlußreiche Momentaufnahme des historischen Prozesses der Integration. Eine Fundgrube der Deutungen und Anregungen.

Prof. Dr. Josef Isensee, Bonn

Wojciech Iwańczak: Die Kartenmacher. Nürnberg als Zentrum der Kartographie im Zeitalter der Renaissance, 224 S., Primus Verlag, Darmstadt 2009. 29,90 €.

Rezensiert von Markus Naser

Bei der vorliegenden Monographie handelt es sich um die deutsche Ausgabe eines ursprünglich auf Polnisch erschienenen Werkes. Der Autor Wojciech Iwańczak ist Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Kielce und charakterisiert sein Buch selbst als „populärwissenschaftlich“ (6). Seine Ausarbeitung enthält daher zwar weniger Anmerkungen als man von einer wissenschaftlichen Abhandlung erwarten würde, ihr ist aber ein kleines Verzeichnis der wichtigsten Literatur zum Thema beigegeben. Bemerkenswert ist, dass die Anmerkungen fast ausschließlich auf Quellentexte verweisen, wodurch schnell deutlich wird, dass sich der Autor intensiv und professionell mit seinem Betrachtungsgegenstand auseinandergesetzt hat.

Das Buch ist in insgesamt 15 Kapitel gegliedert, deren Überschriften teils leider nur wenig aussagekräftig sind. Was inhaltlich unter Kapiteln wie „Im Schatten

der antiken Tradition“ (66-69), „Zwischen Himmel und Erde“ (140-153) und „Im Dienst der Praxis“ (173-197) zu erwarten ist, wird leider erst durch die Lektüre besagter Textstellen deutlich.

Auf eine kurze Einleitung folgt der eigentliche Abhandlungsteil, beginnend mit einem Kapitel über die Bedeutung Nürnbergs im 14. und 15. Jahrhundert („Deutschlands Auge und Ohr“, 11-37). Leider ist gerade dieses erste Kapitel das schwächste des ganzen Buches. Es enthält einige miss- und unverständliche Aussagen und leider auch ganz offensichtliche Fehler. Die Behauptung, „dass Nürnberg schon zur Zeit Karls des Großen zu den wichtigsten städtischen Zentren gehört haben dürfte“ (11) ist so grundsätzlich falsch, dass sie keiner weiteren Diskussion bedarf. Hinzu kommen einige begriffliche Ungenauigkeiten noch im selben Absatz. Man kann für das 11. Jahrhundert im Falle der Nürnberger Burg nicht von einer „Festung“ sprechen. Und dass „Kaiser Friedrich II. [...] Nürnberg 1219 den Status einer freien Reichsstadt“ verliehen hat, ist gleich in zweierlei Hinsicht ungenau: Zum einen war Friedrich 1219 noch nicht Kaiser, sondern „nur“ König und zum anderen handelt es sich bei dem Begriff „freie Reichsstadt“ um eine begriffliche Verballhornung der Frühen Neuzeit, die aus der längeren Wendung „Freie und Reichsstädte“ entstanden ist. Aus diesem längeren Terminus wird deutlich, dass eine Stadt entweder eine Freie oder eine Reichsstadt sein konnte, aber eben nicht beides. Die Forschungsdiskussion um die Frage, inwieweit mit dem Privileg von 1219 die Reichsfreiheit Nürnbergs begründet oder nur vorbereitet worden ist, soll an dieser Stelle außen vor bleiben.

Die genannten Ungenauigkeiten setzen sich auch auf der folgenden Seite fort, wenn Iwańczak behauptet, dass unter den in Nürnberg verwahrten Reichsinsignien nicht nur jene Karls des Großen seien, sondern auch solche von Herrschern „die gerade in Aachen, Mailand und Rom regierten“ (12). Welcher Herrscher Anfang des 15. Jahrhunderts in Rom regierte, liegt auf der Hand: der Papst. Aber es finden sich keine päpstlichen Insignien unter den Nürnberger Reichskleinodien. Und welche Herrscher mit den in Aachen und Mailand regierenden gemeint sein sollen, bleibt im Dunkeln. Ebenso unklar bleibt, was Iwańczak unter „St. Gabin-Druiden“ (12) versteht, die die Reliquien getragen haben sollen.

Als Wissenschaftler wäre man nach der Lektüre der beiden eben diskutierten Seiten geneigt, das Buch zuzuklappen und nicht wieder zu öffnen. Als Rezensent darf man sich das natürlich nicht erlauben. Und es wäre auch ein großer Fehler gewesen, das Buch nicht zu Ende zu lesen. Es zeigt sich nämlich, dass der Autor in den Details seiner Betrachtung wesentlich genauer vorgegangen ist als bei seinem einleitenden Überblick über die Bedeutung Nürnbergs. Daher sei allen Lesern Folgendes geraten: Lassen Sie sich von den Ungenauigkeiten der ersten Seiten nicht entmutigen. Es lohnt sich!

Das zweite Kapitel („Stadt der Drucker und Verleger“, 38-40) ist noch wenig spektakulär, aber das dritte Kapitel, das sich Conrad Celtis' Projekt „Germania illustrata“ (41-65) widmet, begeistert durch gut gewählte Quellenauszüge und eine kenntnisreiche Beschreibung der Bemühungen Celtis' und seiner Nachahmer um eine Beschreibung Germaniens im Allgemeinen und Nürnbergs im Besonderen. Im Rahmen dieses Kapitels tauchen auch erstmals zwei Biogramme von bedeu-

tenden Persönlichkeiten des Humanismus auf, nämlich jene von Johannes Cochlaeus (48-53) und Willibald Pirckheimer (53-58). Dieses Konzept von Kurzbiographien namhafter Personen, die in Zusammenhang mit der Geschichte der Kartographie in Nürnberg stehen, behält der Autor auch in den folgenden Kapiteln bei. Es finden sich solche noch über Regiomontanus (70-74), Konrad Heinfogel (140f.), Johannes Stabius (141ff.), Albrecht Dürer (143f.) und Erhard Etzlaub (173ff.). Kartographiegeschichtlich bedeutenderen Persönlichkeiten sind nicht nur kurze Biogramme, sondern ganze Kapitel gewidmet.

Das vierte Kapitel („Im Schatten der antiken Tradition, 66-69) bietet einen kurzen Überblick über das Wissen der antiken Gelehrten, an das die Humanisten anknüpfen konnten.

Beim fünften Kapitel handelt es sich um eines jener Kapitel, die praktisch ausschließlich dem Leben und Wirken eines Mannes gewidmet sind. Im betreffenden Fall ist das Regiomontanus, obwohl sich das aus der Kapitelüberschrift „Der Fürst der Astronomen und Mathematiker“, 70-85) nur indirekt erschließen lässt. Zwar hat Regiomontanus nur wenige Jahre in Nürnberg verbracht, doch war dies „zweifelloos der fruchtbarste und schöpferischste Zeitraum seines Lebens“. (71)

Das sechste Kapitel dringt inhaltlich tief in die kartographische Arbeitsweise am Anbruch der Neuzeit ein und stellt die dazu nötigen Landvermessungsmethoden ebenso vor wie deren Instrumente. Es beschreibt „Herzprojektion, Astrolabium und Jakobsstab“ (86-105) verständlich und reich bebildert, so dass auch Laien einen guten Einblick in die Problematik und Vielschichtigkeit der kartographischen Methoden der Frühen Neuzeit gewinnen können.

Das siebte Kapitel („Ptolemäus in Nürnberg“, 106-113), behauptet natürlich nicht, dass der griechische Gelehrte des 2. nachchristlichen Jahrhunderts einmal in Nürnberg gewesen ist. Es beschäftigt sich mit der Rezeptionsgeschichte der ptolemäischen Schriften in Nürnberg und hier vor allem mit der Übersetzung seiner *Geographie* durch Willibald Pirckheimer.

Das achte Kapitel (114-132) bildet gleichzeitig die Mitte und den Höhepunkt des Buches, indem es mit Martin Behaim den Schöpfer des ältesten erhaltenen Globus der Welt zum Thema hat. Die Lebensgeschichte dieses berühmt gewordenen Sohnes Nürnbergs führte ihn in portugiesische Dienste und machte ihn sogar zum Teilnehmer einer Expedition, die das Ziel hatte, einen Seeweg nach Indien zu finden. Im Gegensatz zu Kolumbus machte sich Behaim unter dem Kommando von Diogo Cão aber nicht nach Westen auf, sondern nach Süden, um dort das südliche Ende Afrikas zu umschiffen (was ihm nicht gelang). Nach Nürnberg kehrte Behaim nur noch einmal zurück. Von 1491 bis 1493 hielt er sich in seiner Vaterstadt auf, bevor er wieder nach Portugal ging. In dieser Zeit entstand sein *Erdapfel*, den er im Auftrag des Nürnberger Stadtrats angefertigt hat. Da auch die Initiative zur Herstellung des Globus von Nürnberger Ratsherren ausgegangen ist, lässt sich die Vermutung äußern, dass – wenn Behaim nicht in der Stadt gewesen wäre – ein anderer den Auftrag erhalten hätte.

Auch das neunte Kapitel (133-139) ist biographisch angelegt und hat Hieronymus Münzer zum Thema. Bemerkenswert ist Münzers Beteiligung an der

Schedelschen Weltchronik, zu der er unter anderem die erste gedruckte Deutschlandkarte beigesteuert hat. Und auch die Beschreibung seiner Reise nach Portugal in den Jahren 1494/95 (die im Moment im Rahmen eines DFG-Projekts an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen ediert wird) erreichte eine weite Verbreitung.

Die Kapitel 10 (140-153) und 11 (154-159) sind weniger spannend. Sie behandeln neben Himmelskarten vor allem auch die Auswirkungen der Entdeckungen in der Neuen Welt auf das Wissen in Mitteleuropa.

Besonders gelungen und lesenswert sind dagegen die Kapitel 12 („Johannes Schöner und seine Globen“, 160-172) und 13 („Im Dienst der Praxis“, 173-197), da sie sich mit zwei weniger bekannten Nürnberger Kartographen des beginnenden 16. Jahrhundert beschäftigen, nämlich mit Johannes Schöner und Erhard Etzlaub. Gerade diese beiden Kapitel sind mit besonders gut ausgewählten Abbildungen gespickt, deren Darstellungen aber leider oft zu klein sind, als dass man alle Details erkennen könnte.

Die letzten beiden Kapitel runden das Bild dann ab, indem der Blick von Nürnberg weg auch auf andere Gebiete gerichtet wird, die von den Nürnberger Kartographen beeinflusst wurden. Das sind zum einen Böhmen („Claudianus´ Konfessionskarte“, 198-201) und zum anderen Preußen und Österreich (202-205).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bedeutung Nürnbergs für die Geschichte der Kartographie bislang eher stiefmütterlich behandelt und meist auf die Leistungen Martin Behaims reduziert worden ist. Wojciech Iwańczak ist es mit seinem Buch gelungen, diese forschungsgeschichtliche Lücke zu schließen. Iwańczaks tiefe und breite Kenntnis der Quellen und seine lesenswerte Erzählweise machen das Buch für Forscher und für interessierte Laien gleichermaßen interessant.

Dr. Markus Naser, Würzburg

Peter Watson: *Der Deutsche Genius. Eine Geistes- und Kulturgeschichte von Bach bis Benedikt XVI.*, 1023 S., C. Bertelsmann, München 2010, 49,99 €.

Rezensiert von Konrad Fuchs

In der Einleitung konstatiert Peter Watson, dass seine Untersuchung über den deutschen Genius, dessen Geburtsstunde und Blütezeit auch berücksichtigt, inwieweit er das Leben des Auslands prägte. Außerdem will er die Frage beantworten, „wie dieser Genius von Hitler zerstört (werden konnte)“, gleichwohl „weiterlebte, oft unerkannt, und zwar in beiden Teilen Deutschlands der Nachkriegszeit, die beide nie wirklich die volle Anerkennung für ihre kulturellen, wissenschaftlichen, industriellen, kommerziellen und akademischen Leistungen bekamen.“ De-

tailliert wird der Frage nachgegangen, „wie deutsches Denken das moderne Amerika und England (sowie) ‚deren‘ Kultur (prägte)“, um dann festzustellen: „In den Vereinigten Staaten und Großbritannien mag Englisch gesprochen werden, aber Amerikaner und Engländer ‚denken‘ in viel stärkeren Maßen deutsch, als sie es sich bewusst sind“ (S. 53).

Die Überschriften zu den sechs „Teile(n)“, in die die Untersuchung gegliedert ist, lauten: „Die große Wende in der deutschen Biographie“ (S.59-106); „Eine dritte Renaissance: Die Zeit des Zweifels zwischen Dogma und Darwin“ (S. 107 – 237); „Der Aufstieg des Bildungsbürgertums: Die Maschinen und Maschinisten des modernen Wohlstands“ (S.239-417); „Die miserablen und die miraculösen Aspekte von Modernität“ (S. 419-649); „Lieder vom Reich: Hitler und die ‚Vergeistigung‘ des Kampfes“ (S.651-745); „Nach Hitler: Die Kontinuität deutscher Traditionen unter widrigen Umständen“ (S. 747-865). In einem Schlussabschnitt reflektiert Watson über die „Verblendungen, Isolierungen und Gefahren der Innerlichkeit (des deutschen Genius)“ (S.867-901). Der Verfasser betrachtet seine Ausführungen von dem für ihn „typischen Merkmal“ der Deutschen, von ihrer „Innerlichkeit“, her, das deutsche Stereotyp, das den deutschen Geist dominierte und von Thomas Mann so definiert wurde: „Die vielleicht berühmteste Eigenschaft der Deutschen (ist) diejenige, die man mit dem schwer übersetzbaren Wort ‚Innerlichkeit‘ bezeichnet: Zartheit, der Tiefsinn des Herzen, unweltliche Versponnenheit, Naturfrömmigkeit, reinster Ernst des Gedankens und des Gewissen, kurz alle Wesenszüge hoher Lyrik mischen sich darin“ (zit. S. 867). Die Wurzeln der Innerlichkeit liegen für Watson im Pietismus, der das Wesen der Religion im Gefühls-erlebnis sah. Hauptplätz der pietistischen Bewegung waren neben Halle der württembergische Raum, niederrheinische Gebiete und Westfalen, außerdem die Herrnhuter Brüdergemeine, d.h. dass sie in erheblichen Teilen Deutschlands wirksam wurde. Sie bereitete den Boden für eine gemühtiefe Dichtung und fand im 19. Jahrhundert eine Erneuerung in den Erweckungsbewegungen sowie in der Gemeinschaftsbewegung. Watson geht davon aus, dass der Pietismus eine „neue kollektive Mentalität“ schuf, die zu einem „zentralen Element der preußischen Kultur“ wurde (S. 67), begleitet von einer „innerlichen Bildung“, womit ein „Selbstverwirklichungsprozess mit Hilfe von Ausbildung und Wissenserwerb“ beschrieben wird. Er sollte letztlich die Staatsverwaltung, die Kirche, das Militär und das akademische Leben dominieren und damit einen „prominenten Platz in der deutschen Gesellschaft“ einnehmen (S. 72).

Eingehend definiert und analysiert Watson den Begriff Bildung und dessen Relevanz im Rahmen des deutschen Geisteslebens. „Bildung“, schreibt er, „war die Kultur einer aufstrebenden Gruppe, die sich weniger als bürgerlich denn als kultiviert, gelehrt und vor allem eigenverantwortlich verstand‘...Wilhelm von Humboldt verstand ‚Bildung‘...einerseits als eine biologische Kraft, als einen Aspekt der Natur ähnlich der Schwerkraft, andererseits als eine geistige Notwendigkeit. Und da dieser Begriff von Pietisten geprägt worden war, hatte er auch religiöse Untertöne. So, wie der Pietist die Schöpfung zu vervollkommen und durch tätige Nächstenliebe im Diesseits Gott näherzukommen trachtete, war Bildung ein innerer Prozess, durch den der Einzelne sein Selbstbewusstsein zu stär-

ken und der Vollkommenheit näherzukommen trachtete (S.106/06). Derart gesehen, war Bildung ein Prozess „geistiger Formen“ und der inneren Gestaltung, nicht zuletzt durch Selbsterziehung. Gebildetsein, das über Erzogensein hinaus ging, wurde als ein „eigenständiges Verhältnis zu den kulturellen Inhalten“ betrachtet. Gebildetsein ging über den Besitz von Kenntnissen und Beherrschung von „Praktiken“ hinaus. Vielmehr dokumentierte sie sich in der Verfügung über Wissen und Können, in der Teilhabe am geistigen Leben, in der Erfassung des Wertvollen und dem Sinn für die Würde des Menschen, aber auch für Anstand, Ehrfurcht und Verständnis. Letztendlich ist für den Gebildeten das Streben nach Weisheit charakteristisch. Watson gelangt zum dem Schluss: „Das historisch-künstlerisch-biologische Weltbild, das im Rahmen dieses Strebens nach Vollkommenheit entstand, sollte noch viele deutsche Denker prägen, und nicht wenige von ihnen waren die Söhne pietistischer Pastoren“ (S. 106). Es war jedoch nicht nur prägend für zahlreiche Denker, sondern auch für bildende Künstler, so den pietistischen Protestanten Caspar David Friedrich, der mit den Romantikern Novalis, Tieck, Schelling und Steffens, die sämtlich durch den Verf. gewürdigt werden, in Berührung kam. Friedrich suchte in der Natur die „Offenbarung Gottes“. Demzufolge ist seine Malerei religiös geprägt. Watson stilisiert seine „Landschaftsmalerei zu einem wichtigen Genre der abendländischen Kunst“ (S. 236). Etwa zeitgleich mit Caspar David Friedrichs Leben (1774-1840) vollzog sich das „Zeitalter der organisierten Bildung“, zu dem, wie Watson feststellt, „Gelehrte aus fast allen europäischen Staaten bei(trugen)“, wobei jedoch die „beherrschende Rolle“ von deutschen Wissenschaftlern eingenommen wurde (S.241). Dass dem so war, hängt zusammen mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel in Deutschland im 19. Jahrhundert. Er führte dazu, dass die deutschen Universitäten zu Institutionen wurden, in denen die reine und zweckfreie Wissenschaft in Lehre und Forschung betrieben wurde, während die Technischen Hochschulen bestrebt waren, die Wissenschaft mit den jeweiligen Bedürfnissen der Wirtschaft, der Technik, der Industrie und des Gewerbes auszustatten. Die Konsequenz dieses Prozesses war, dass Deutschland um 1860 nicht nur zu einer Wirtschafts-, sondern infolge der Entwicklung seiner Universitäten und der Technischen Hochschulen auch zu einer Wissenschaftsmacht allerersten Ranges geworden war. Watson widmet sich eingehend diesen Vorgängen. Versehen hat er die einschlägigen Abschnitte mit so aussagekräftigen Überschriften wie „Humboldts Geschenk: Die Erfindung der Forschung und der preußisch-protestantische Bildungsbegriff“ (S.241-254); „Der deutsche Historismus: `Ein einzigartiges Ereignis in der Ideengeschichte`“ (S.278-288); „Das heroische Zeitalter der Biologie (S.289-306); „`Deutschlandfieber` in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten“ (S.330-346); „Die Physik wird Königsdisziplin: Clausius, Helmholtz, Boltzmann, Riemann“ (S.362-374); „Der Aufstieg des Labors: Siemens, Hoffmann, Bayer, Zeiss“ (S.375-387); Die Herren des Metalls: Krupp, Benz, Daimler, Diesel, Rathenau“ (S.388-401); „Die Dynamiken von Seuchen und Krankheiten: Virchow, Koch, Mendel, Freud“ (S.402-417). Der von diesen geradezu revolutionären Einflüssen auf das wissenschaftliche Leben außerhalb Deutschlands ausgehende Effekt kommt in der Feststellung zum Ausdruck: „...im 19. Jahrhundert (gab es)

achthundert englische und nordamerikanische Physiker und Chemiker, die in Deutschland promoviert hatten, und neununddreißig bedeutende englische Naturwissenschaftler, die von deutschem Denken beeinflusst waren“ (S. 364). Aber auch im 20. Jahrhundert dominierte Deutschland lt. Watson als Wissenschaftsmacht, wie in dem Abschnitt „Weimar: Das Goldene Zeitalter der Physik, der Philosophie und der Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert“ (S. 618-633) geschildert. So kam es trotz der nachteiligen Auswirkungen des 1. Weltkriegs im „deutschsprachigen Raum“ zur Veröffentlichung von mehr philosophischen Werken als in sämtlichen anderen Ländern. Zwar war die Zeit der Weimarer Republik „ein turbulentes Interregnum zwischen zwei Katastrophen, brachte es aber dennoch fertig, eine Kultur zu entwickeln, die einzigartig und brillant war, trotz eines stetigen Verfalls des staatlichen Gewaltmonopols“ (S. 590). Das verwundert nicht, wenn man, wie Watson es tut, die Feststellung des renommierten amerikanischen Wissenschaftlers Abraham Flexner (1866-1959) heranzieht, „dass letztendlich weder die amerikanischen noch die englischen höheren Bildungsinstitutionen mehr seien als Sekundarschulen und `einzig Deutschland auf den historischen Initiative Wilhelm von Humboldts aufbauend, wahre Universitäten (kenne)“ (S. 780). Watson schlussfolgert aufgrund seiner ebenso detaillierten wie analysierenden Untersuchung: „Der deutsche Genius lebt und ist wohlauf...Ungeachtet der langen Nacht zwischen 1933 und dem Mauerfall im Jahre 1989 halten deutschen Künstler jedem Vergleich mit den Besten anderer Länder stand...Deutschlands Komponisten und Choreographen erstrahlen im alten Glanz...Die deutsche Naturwissenschaftlergemeinschaft ist längst wieder (nobel)preiswürdig, auch wenn sie noch nicht zu ihrer Vorherrschaft aus der Zeit vor 1933 zurückgefunden hat...Die Liste der europäischen Patente führt Deutschland mit fast dreimal so vielen Anmeldungen wie der Zweiplatzierte Frankreich an“(S. 896). All das ist vor dem Hintergrund eines jahrelangen brain drains von Deutschland zumal nach den USA zu sehen, der nicht nur zwischen 1933 und 1945, sondern auch nach dem 2. Weltkrieg erfolgte, beginnend mit der Zwangsevakuierung deutscher Wissenschaftler und Techniker aus Mitteldeutschland 1945 („We take the brain“).

Die nachgerade unverwüstliche Leistungsfähigkeit Deutschlands in der theoretischen und angewandten Forschung sei, so Watson, dem deutschen Bildungsbürgertum geschuldet bzw. „dessen aufregenden wissenschaftlichen Fortschritte(n)...(D)ie gebildete deutsche Mittelschicht wies den Weg zu den bahnbrechenden wissenschaftlichen Errungenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und verwandelte die deutsche Wirtschaft, auf der ein so grosser Teil des modernen Wohlstands...beruht...(Sie) war und blieb das wichtigste und innovativste Element Deutschlands in dem Jahrhundert, das von 1775 bis 1871 währte. Gegen Ende dieser Periode begann sich die Lage zu verändern und komplexer zu werden“ (S.880/81). Wenngleich von Hitler „fast zerstört“, fand die gebildete Mittelschicht nach 1945 wieder die Kraft zu einem beeindruckenden intellektuellen Neustart, so das Fazit Peter Watsons.

Die zahlreichen Personen, die Watson als Repräsentanten des deutschen Genius benennt, sind um einige unberücksichtigt gebliebene zu ergänzen, allen voran der Philosoph Karl Christian Friedrich Krause (1781-1832). Er entwickelte ein

System des Pantheismus und bot eine Kategorienlehre des reinen Seins. Vor allem in Spanien und Lateinamerika gelangte er zu Einfluss (Krausismo). Sodann Peter Christian Wilhelm Beuth (1781-1853). Er „verkörperte den Typ des reformfreudigen, innovativen, praktisch wirkenden preußischen Beamten, der – im Interesse des Staates und durch den Staat – durch Ausbildung und Förderung des Gewerbefleißes in den bürgerlichen Schichten Unternehmergeist zu wecken, technische Kompetenz zu verbreiten und dadurch Selbständigkeit zu stärken erfolgreich bemüht war“ (R.Vierhaus); Friedrich Wilhelm Harkort, Industrieller, Politiker und Publizist (1793-1880), ein „vielfältig innovativer Geist, dessen Visionen aber den Möglichkeiten der Zeit oft einen Schritt zu weit vorauseilten“ (H.G. Schröter); Friedrich Althoff, Politiker (1839-1908). „Sein Ziel, die Weltgeltung deutscher Wissenschaft und eine internationale Wissenschafts- und Friedenspolitik“, suchte er u.a. durch einen deutsch-amerikanischen Professorenaustausch, ein „weltweites Netz deutscher Forschungs- und Kulturinstitute“ sowie die „Gründung von Auslandshochschulen“ zu erreichen (B.v.Brocke); Walter Gerlach, Physiker (1889-1979). Gemeinsam mit Otto Stern (Nobelpreisträger 1943) wies er 1921 „die Tatsache der Richtungsquantelung durch Ablenkung von Atomstrahlen im inhomogenen Magnetfeld nach“ (Stern-Gerlach-Versuch). Er arbeitete ferner über die „quantitative Spektralanalyse“ sowie den Zusammenhang zwischen Atombau und Magnetismus; Karl Adam, kath. Theologe (1876-1966). Als führender Theologe der Zwischenkriegszeit wurde er vor allem bekannt durch sein in alle Kultursprachen übersetztes Werk „Das Wesen des Katholizismus“; Erich Bachem, Ingenieur, Unternehmer (1906-1960). Der vielseitig begabte Bachem entwickelte mit dem Fluggerät „Natter“ eine Kombination von Flugzeug, Rakete und Geschoss (1945), konstruierte das ultraleichte Kleinflugzeug „Lerche“ (1945) und den ersten Wohnwagen (1956).

Prof. Dr. Konrad Fuchs, Mainz

Benedikt Stuchtey: Die europäische Expansion und ihre Feinde. Kolonialismuskritik vom 18. bis in das 20. Jahrhundert (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 24), 470 S., Oldenbourg Verlag, München 2010, 59,80 €.

Rezensiert von Horst Gründer

Mit den Entdeckungs- und Eroberungsfahrten der Iberer seit dem 15. Jahrhundert begann jener historische Prozess, der den europäischen Kolonialismus und Imperialismus der Neuzeit begründete und der definitiv erst nach dem Zweiten Weltkrieg endete. Zugleich war dieser Aufbruch Europas in die um 1400 noch weithin unbekanntes Welt ein *welthistorischer* Vorgang, in dem die *eine* Welt zusammenwuchs. Nicht zu Unrecht hat man daher jüngst die europäische Expansion als ei-

nen Vorgang der Globalisierung beschrieben (Reinhard Wendt, *Vom Kolonialismus zur Globalisierung*, 2007). Fast gleichzeitig mit dieser mehr oder weniger gewaltsamen Aneignung der Welt setzte – und das war mit der Entwicklung keiner außereuropäischen Kultur vergleichbar, denn der Expansionismus allein war kein schlechthin europäisches Phänomen – die ethische Hinterfragung kolonialer Gewalt und Unterdrückung ein. Am 4. Adventssonntag des Jahres 1511 geißelte der Dominikanerpater António de Montesinos von der Kanzel der Kirche in St. Domingo die Missetaten der Spanier in der Neuen Welt, und nur wenige Jahre später übte sein Ordensbruder Bartolomé de Las Casas noch heftigere Kritik an dem Vorgehen und den Grausamkeiten seiner Landsleute. Die Vertreter der so genannten spätscholastischen Kolonialethik („Schule von Salamanca“) haben die koloniale Kritik dann in ein völkerrechtliches System zu bringen versucht.

Es sind diese ersten, christlich-humanitär begründeten Anklagen gegen das gewaltsame Vorgehen der Spanier, mit denen Stuchtey seine 2007 an der Universität Konstanz angenommene Habilitationsschrift historisch-chronologisch einleitet. Allerdings dienen die Argumente der christlich-katholischen Kritik der Frühphase der europäischen Expansion dem Verfasser im weiteren Verlauf der Darstellung nur noch als gelegentlicher Vergleichsparameter, spielen sie doch nach seiner Meinung auch nur noch in der französisch-katholischen Kolonialismuskritik der imperialistischen Hochphase eine Rolle. Ohnedies liegt der Schwerpunkt seiner Betrachtung auf der englischen Kolonialkritik, was zweifelsohne auch dadurch gerechtfertigt ist, dass die Briten das größte Kolonialreich der Weltgeschichte schufen. Sein Ausgangspunkt ist die „Kolonialmüdigkeit“ und Kolonialkritik des Aufklärungszeitalters. Neben deutschen und französischen Vertretern kolonialkritischen Denkens (Montaigne, Raynal, Kant, Herder) sind es vor allem die kolonialkritischen Argumente von Adam Smith und Edmund Burke, die einer tiefen Analyse ihrer politischen, ökonomischen, moralisch-ethischen und kulturphilosophischen Wurzeln und Bezüge unterzogen werden. Im Hinblick auf den geistigen Führer der „Whigs“ betont der Verfasser neben der Einheit von anti-revolutionärer und anti-kolonialer Kritik vornehmlich den Einfluss der Irland-Frage sowie die gravierende Bedeutung des Hastings-Skandals, wie überhaupt Kolonialskandale und koloniale Krisen und damit die *politischen* und *soziokulturellen* Seiten der Kolonialkritik bei ihm stärker betont werden als etwa in Heinz Gollwitzers wegweisender „Geschichte des weltpolitischen Denkens“ (1972/82), auf die sich Stuchtey mehrfach bezieht.

Für den Zeitraum zwischen 1815 und 1882 sind es vornehmlich die Antisklaverei-Debatte, die *Indian Mutiny* und die Gouverneur Eyre-Affäre auf Jamaika (1865), die die Folie kolonialer Kritik darstellen und an die sich die *Free Trade*-Ideologie der *Little Englanders* anschließt. Zwar sind es, und dies gilt nach Meinung Stuchteys bereits für die Kritik des 18. Jahrhunderts, nicht allein die Kosten des Imperiums sowie militärisch-despotische Herrschaft oder verwaltungsmäßige Misswirtschaft, die den Grundton der politischen, ökonomischen, moralischen und humanitär-naturrechtlichen Kolonialkritik bestimmen, sondern es war immer auch die Problematik von „Handelsstaat“ (und damit wirtschaftlicher Prosperität der Nation) und Weltreichsgedanke (mit dem Menetekel des „Untergangs des

römischen Weltreichs“), die die spezifisch englische Kolonialismuskritik kennzeichnet und die selbst die liberalen Verfechter von innenpolitischer „*liberty*“ an der von ihren konservativen Gegnern propagierten „*civilising mission*“ festhalten ließ. M. a. W.: Ein Rückzug aus Indien war selbst für die radikalen Kolonialismuskritiker nicht denkbar. Das änderte allerdings nichts an den heftigen innenpolitischen Kontroversen des hochimperialistischen Zeitalters nach 1880, in deren Verlauf die Gegner der Kolonialkritiker – und der Verfasser blendet hier und grundsätzlich keineswegs die „Gegenseite“ aus – selbst Völkermord, Rasetheorien und Eugenik rechtfertigten.

Der Diskurs der Imperialisten und ihrer Kritiker steht auch im Vordergrund des kürzeren Kapitels über die *deutsche* Kolonialkritik, wobei die Person des Carl Peters den „*vilain dans la pièce*“ verkörpert. Seinen verstiegenen Kolonialrechtfertigungen und Rassevorstellungen werden kontrastierend die ökonomischen, (völker-)rechtlichen und christlich-humanitären Argumente namentlich von linksliberaler, sozialistischer und von Zentrumsseite (Erzberger), aber auch reformbereiter (Kolonial-)Politiker und Kolonialbeamter (Dernburg, Rathenau, Solf, Hans Paasche) gegenübergestellt. Herausgehoben wird zum einen auch, wie das „britische Modell“ (als das vorgeblich bessere) deutsche Kritiker spaltete, und zum anderen, dass alle Debatten letztlich Antworten auf Kolonialskandale waren. Schließlich: Auch in Deutschland reichte das Programm einer „Zivilisierungsmision“ der Europäer durch einen aufgeklärten Kolonialismus („ethischer Imperialismus“) bis weit in sozialistische Kreise.

Das gleiche gilt für die katholische, von den sozialistischen Imperialismustheorien streng sich abhebende Kritik im Frankreich der III. Republik, die weder radikal polemisch noch prinzipiell antikolonial war. Überdies argumentierten französische Kolonialkritiker, anders als ihre Gesinnungsgenossen in Großbritannien, weniger im Zusammenhang mit der eigenen Nationalgeschichte, prangerten dafür aber besonders scharf (Madagaskar!) koloniale Verbrechen und Versagen der kolonialen Bürokratie an. Gegenüber der „*mission civilisatrice*“ war die Haltung ebenfalls ambivalent. Die Reduktion des französischen Imperialismus auf einen „Rehabilitationsimperialismus“ (H. Gollwitzer) teilt Stuchtey nicht, sieht aber „Sedan“ als wichtigen Bezugspunkt der französischen Kolonialkritik.

Im Hinblick auf die Kolonialismuskritik in den USA im Gefolge des *kolonialen* „Sündenfalls“ von 1898ff. sind es naturgemäß die Verstöße gegen die Leitbilder der amerikanischen Gründungsgeschichte, die den Grundtenor ausmachen, aber auch ganz konkret die amerikanischen Gräueltaten im Philippinen-Krieg, die die kurzfristige, eher marginale Antikolonialismus-Kampagne bestimmen. Die kolonialkritischen Schriften und Agitationen Mark Twains bilden schließlich für den Verfasser zugleich den Übergang zu einer vergleichenden Perspektive (Belgischer Kongo, Burenkrieg), und mit den Namen E. D. Morel, Mary Kingsley und Roger Casement ergibt sich die Rückkehr zur englischen Kolonialkritik im 20. Jahrhundert. Obgleich sich nach der Jahrhundertwende eine Internationalisierung der Kolonialkritik mit gleichzeitiger Betonung universaler Ideen und Werte ergab und sich die Tonlage der Auseinandersetzungen im Zeichen von Welt- und Kolonialkriegen noch einmal verschärfte, wird einmal mehr deutlich, dass selbst dezidierte

Anti-Imperialisten nicht immun waren gegen den zeitgenössischen Rassismus und Antisemitismus, nicht einmal John Hobson.

Es ist der große Vorzug dieser fundamentalen Studie, dass ihr Verfasser die vorgestellten „Feinde“ (warum nicht „Gegner“?) der europäischen Expansion nicht allein ideengeschichtlich im politikleeren Raum agieren lässt. Der ständige Rekurs auf den weltpolitischen und nationalen, gegebenenfalls regionalen und lokalen Kontext sowie den biographischen Hintergrund lassen Formen, Motive und bis zu einem gewissen Grad Wirksamkeit der Kolonialkritiker sichtbar werden. In souverän die breite primäre und sekundäre Literatur integrierendem Diskurs wird das generelle, aber immer auch situationsbedingte Arsenal ihrer Argumente vorgeführt, zumal es sich bei ihnen keineswegs um einen „monolithischen Block“ handelte und die nationalen Ausprägungen von Anti-Kolonialismus und Anti-Imperialismus sehr verschiedenartig sein konnten. Sie waren auch nicht nur vereinzelte und gelegentliche „Rufer in der Wüste“, sondern stellten politisch (namentlich eben in England) einen gewichtigen Teil der politischen Kultur ihrer Zeit dar. Insofern waren sie kein zu vernachlässigender Kreis von Intellektuellen, als die sie immer wieder bezeichnet worden sind. Stuchteys Studie hat ihren Standort und Stellenwert in der europäischen Expansionsgeschichte beschrieben und definiert; insofern dürfte sein Werk künftig für die Kolonial- und Überseegegeschichte unverzichtbar sein.

Prof. Dr. Horst Gründer, Münster

Winfried Baumgart (Hg.): Bismarck und der deutsche Kolonialerwerb 1883-1885. Eine Quellensammlung. Nach den Vorarbeiten von Axel T. G. Riehl (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 40), 539 S., Duncker & Humblot, Berlin 2011, 78 €.

Rezensiert von Michael Fröhlich

Zunächst eine Statistik: Dem Herausgeber lagen nach eigenen Angaben 7000 Dokumente seines Schülers Axel T.G. Riehl vor. Von diesen wählte er 350 Dokumente aus, „ca. 43 %“ (S. 6) von diesen wurden bereits andernorts veröffentlicht, die anderen 57 % wurden von Riehl in seiner Dissertation zum Thema inhaltlich benutzt. Der Verlagsprospekt ergänzt: „Die ‚Kronprinzenthese‘ wird in diesem Quellenband durch die Publikation der wichtigsten einschlägigen Quellen, von denen die meisten bisher unveröffentlicht waren, untermauert, so dass künftig über die wahren Gründe für den deutschen Kolonialerwerb durch Bismarck nicht mehr spekuliert werden kann.“ Der Herausgeber ist derselben Meinung: „Mit dieser ‚Kronprinzen-These‘ hat Riehl das über hundert Jahre währende Rätselraten um die Hauptgründe für den deutschen Kolonialerwerb beendet“ (S. 5). Man ist

beeindruckt, v.a. darüber, dass es in den vergangenen hundert Jahren angeblich kaum einem Forscher gelungen ist, in die Dunkelheit des Kolonialerwerbs Licht zu tragen. Vor diesem Hintergrund finden die Erklärungen in den großen Biographien über Bismarck aus dem 20. Jahrhundert wenig Anklang. Baumgart geht auf die Spezialliteratur nicht ein, die englische Fachliteratur bleibt größtenteils unberücksichtigt. Der Herausgeber räumt allerdings ein, dass sowohl in den Quellen wie auch der Literatur die „Kronprinzenthese“ immer wieder angesprochen wurde, jedoch ohne angemessene Würdigung. Riehls Dissertation wie Baumgarts Edition verfolgen damit das Ziel, dieser These Ausschließlichkeitscharakter zuzuweisen und alle anderen Erklärungen auf den zweiten Platz zu verbannen.

Baumgart eilt mit Recht der Ruf eines großen historischen Editors voraus. Der Gelehrte hat im Laufe seiner langen wissenschaftlichen Tätigkeit eine große Zahl mustergültiger Editionen vorgelegt, die ihm immer wieder den Respekt von Schülern und Kollegen eintrugen. Dabei überzeugten nicht nur die rigide Anwendung editorischer Prinzipien, die souveräne handwerkliche Bearbeitung auch äußerst diffiziler Quellen und das feine Gespür für die Brisanz ausgewählter Schriftstücke. Baumgart plante seine historischen Konvolute strategisch, verlangte von seinen Büchern immer eine hohe Seitenzahl und scheute nicht vor Arbeiten zurück, die mancher Kollege weniger schätzte, etwa das Verfassen von ‚wenig objektiven‘ Regesten. Baumgart verknüpfte ‚seine‘ Quellen durch ein editorisches Korsett, aus dem sich nur schwer einzelne Teile wieder herausbrechen ließen. Mit anderen Worten: Die Quellensammlungen suggerierten eine Geschlossenheit – trotz Vielfalt –, die in der Regel auch einer wissenschaftlichen These Vorschub leistete. Sätze wie „Das ist nach dem bisher Gesagten und aufgrund der vorliegenden Quellen nicht richtig, enthält aber dennoch ein Quentchen Wahrheit“ (S. 47) prägen seine Einleitungen und – so möchte man sagen – auch sein historisches Weltbild. Denn entgegen allem rückblickenden historischen Ehrgeiz blieben häufig genug historische Momente, die sich der Eindeutigkeit entzogen, die trotz Vernetzung aller Quellen einen hohen Grad an Wahrscheinlichkeit beanspruchen, aber eben nicht die interpretatorische Sicherheit erlauben, die sich der Betrachter vielleicht wünscht. Diese Analyse dürfte auch auf die Frage nach den letzten Ursprüngen für Bismarcks Kolonialpolitik zutreffen. Die Zahl der in- und ausländischen Forscher zu diesem Thema aufzulisten, ist unmöglich; was viele von ihnen eint, ist die Überzeugung, dass Monokausalität nicht die Antwort ist.

Die 539 Seiten folgen dem üblichen Aufbau von Editionen und wirken in ihrer Inhaltsübersicht auf den ersten Blick häufig ernüchternd. Einleitung, Verzeichnis der weniger gebräuchlichen Abkürzungen, Dokumentenverzeichnis, Dokumente (S. 69-499), Quellen- und Literaturverzeichnis, benutzte Archive, Quellen wie Literatur, am Ende ein knappes Register. Die Einleitung trägt Züge eines gediegenen Aufsatzes. Mit ihren 42 Seiten ist sie sehr facettenreich aufgebaut, obwohl der Leser mit der ersten Seite spürt, dass es nicht um „Einmütigkeit“ geht, sondern um eine sehr prononcierte Sicht der Bismarckschen Kolonialpolitik. Der erste Teil beschäftigt sich mit der ‚Kronprinzenthese‘ und Bismarcks Kolonialerwerb in einigen ausgewählten Publikationen der Forschung. Ein zweiter Schwerpunkt prüft die zeitgenössische Sicht dieser These und mündet in ein Zitat, das

Baumgarts großen Beifall findet: „[D]islike of the Crown Princess, who hates him, does not conceal it, & is never tired of holding up English institutions as a model to Germany – personal dislike of Gladstone [...] and fear of the growth in Germany of a parliamentary English system, which he believes would be fatal to the Empire. – These three motives are in fact one, though with slight variations in form: for both Gladstone & the Princess represent to him the detested parliamentary system” (S. 16). Damit ist er angesprochen, der Gedanke, dem die Edition im Kern und Herzen gewidmet ist. Baumgart beschreibt Bismarcks Sorgen vor einem Thronwechsel, die Führungsschwäche des Kronprinzen, die Erwartung des Thronwechsels, den anti-englischen Kern der Kolonialpolitik, das Verhältnis zwischen Bismarck und Gladstone, die Entfernung liberaler Mitarbeiter aus dem Kreis des Kronprinzen, die dornenreiche Beziehung zwischen dem Kanzler und dem diplomatischen Repräsentanten des Reichs in London, Graf Münster.

Welche politischen Probleme stellten sich dem Reichskanzler in der letzten Dekade seiner Amtszeit? Die Reichstagswahlen von 1881 erlaubten keine Zusammenarbeit mit einer zuverlässigen Majorität im Reichstag. Bismarck mochte alle Register seines Könnens ziehen, er kam nicht umhin, sich immer wieder auf die Suche nach neuen Mehrheiten zu begeben, um für „seine“ Gesetze Perspektive zu eröffnen. Den konservativen Reichsgründer hat diese Notlage keineswegs begeistert und verschiedentlich an eine Verfassungsänderung denken lassen, die im Idealfall dem Reichstag seine grundlegenden Kompetenzen genommen hätte. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen, auch deshalb, weil der Kanzler innen- und außenpolitisch Herkulesaufgaben nicht zur selben Zeit schultern wollte. Das schloß nicht aus, dass Bismarck Aufgaben und Krisen wechselseitig in unterschiedlichen Politikfeldern funktionalisierte, um seine Gegner schneller Schachmatt zu setzen. Der Kolonialismus war hier kein willkommenes, aber ein brauchbares Instrument. Die seit Jahrzehnten – nicht erst seit Riehl und Baumgart – diskutierte kurzfristige Favorisierung der Kolonialpolitik durch einen politischen Repräsentanten, der sich im Grunde zeitlebens gegen einen überseeischen territorialen Erwerb mit allen seinen Unwägbarkeiten ausgesprochen hatte, mochte am Anfang überraschen, machte ihn aber auch in der Öffentlichkeit nicht zu einem Anhänger expansiver Politik in fernen Kontinenten.

Es ist richtig, dass der Kolonialismus in diesen Monaten und Jahren, auch unabhängig von den Reichstagswahlen, immer mehr Beachtung fand, aber auch die Deutsche Kolonialgesellschaft und andere Vereine sahen keine Massenbewegungen hinter sich, die eine breite Popularisierung und Akzeptanz dokumentiert hätten. Der in der Wahl der Mittel alles andere als ängstliche Bismarck suchte durch seinen Meinungsumschwung Linksliberalen und Sozialdemokraten politisch zu schaden, die Opposition zum Kolonialismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Sie waren es, die in der Öffentlichkeit zu Reichsfeinden gestempelt werden sollten. Allerdings erzielte Bismarck mit dieser Strategie nicht den gewünschten Erfolg, zumindest nicht langfristig, und suchte alsbald neue Themen, um sich aus der innenpolitischen Bedrängnis zu befreien. Zu ihnen gehörte die Wehrpolitik, die Beratungen über einen neuen Militärhaushalt, die Forderung nach einem weiteren Septennat und damit in nuce der Wahlkampf zu einem „Kartellreichstag“. Es

war und ist schwer, Bismarck in seiner politischen Entscheidungsfindung auf ein Mittel oder Motiv festzulegen. Dazu war der Kanzler zu flexibel und zu vorsichtig. Und nichts hielt ihn davon ab, als untauglich empfundene Mittel wieder zu verwerfen, um sich nach neuen Handwerkszeugen umzusehen. Man ist daher gut beraten, sich in Erklärung und Interpretation nicht auf eine Person, ein Dokument oder einen Grund zu beschränken. Diese Betrachtung würde Bismarcks multiperspektivischer Politik widersprechen.

In der Regel nehmen Editionen Bezug auf den Aufsatz von Johannes Schultze, „Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte“, u.a. veröffentlicht in den „Blättern für deutsche Landesgeschichte“ (1966) und in dem Jahrbuch für historische Forschung (1980). Die Überlegungen sind mit Abstrichen auf ausländische Editionen und internationale Projekte übertragbar. Baumgart hat sie seinen „Akten zur Geschichte des Krimkriegs“ zugrundegelegt und die wichtigsten Regeln auch bei seinem neuesten Werk benutzt, allerdings mit einigen markanten Abweichungen. So u.a. die Entscheidung, im Interesse der Originalität auf eine Modernisierung des Textes zu verzichten. Die Begründung ist einleuchtend. Da die Sprache sich kontinuierlich verändert, würden Veränderungen in zeitlichen Abständen immer neue Veränderungen produzieren, im Extremfall also würde es zu erheblichen Abweichungen des ursprünglichen Manuskriptes kommen. Orthographie und Interpunktion bleiben auch in dieser Edition unverändert, ohne das Verständnis der Quellen zu behindern. Lediglich offenkundige Fehler wurden korrigiert. Interessant sind in diesem Zusammenhang Abkürzungen, die auch einen geübten Leser durchaus herausfordern. Baumgart hat mit großer Akribie ein Abkürzungsverzeichnis erstellt, das zu einem Begleiter der Lektüre wird. Das Problem ist vielleicht nicht ideal lösbar, es relativiert sich aber bei häufiger Benutzung. Die Überschriften der Dokumente nennen kurz und knapp Absender und Empfänger. Es folgen die Nennung von Fundort, Aktentyp, Entstehungsstufe, Präsentatvermerk etc. Inhaltliche Präzision und räumliche Kürze geben sich hier in der Regel die Hand. Dabei ist zu beachten, dass eine substantielle Quellen- und Textkritik ohnehin von dem Original ausgehen muß.

Anlaß wiederholter Kritik ist die Erarbeitung von Regesten. Baumgart unterzieht sich dieser mühevollen, aber – wie der Rezensent meint – verdienstvollen Arbeit. Auch wenn wohl nur selten eine mustergültige Zusammenfassung entsteht, die unterschiedliche Leser gleichermaßen zufriedenstellt, so bietet sie ohne Zweifel eine erste inhaltliche Hilfe, die eine Orientierung gibt und eine erste Klassifizierung erlaubt. Es wäre sogar wünschenswert gewesen, den Regesten einen Platz im Inhaltsverzeichnis zuzuweisen. Viele moderne Editionen gehen diesen Weg, der Herausgeber verzichtet darauf, möglicherweise, weil die Regesten in gewisser Weise schon als ein Bestandteil des bearbeiteten Dokuments gelten können. Dennoch, das Inhaltsverzeichnis bietet mit Absender, Adressat und Datum nur ein dürres Gerüst, dem allenfalls ein intimer Kenner weitere Informationen abgewinnen könnte. Gerade bei einer großen Zahl von Dokumenten nehmen diese Regesten den Inhaltsverzeichnissen ihren rein tabellarischen Zuschnitt, im Grunde sind sie hier unverzichtbar. Schade. Textkritische Kommentare und Anmerkungen

beschränken sich auf das Notwendigste. Damit folgt diese Edition bewährten Mustern, auch wenn sich der Editor/Leser des 21. Jahrhunderts an manchen Stellen mehr Informationen – siehe Inhaltsverzeichnis – wünscht. Alles in allem wieder eine beeindruckende Leistung alter Prägung, die inhaltlich und auch in manchen historischen Details eine Bereicherung der Diskussion sein dürfte.

PD Dr. Michael Fröhlich, Bonn

René Rohrkamp: „Weltanschaulich gefestigte Kämpfer“: Die Soldaten der Waffen-SS 1933-1945, Organisation – Personal – Sozialstrukturen (Krieg in der Geschichte, Bd. 61), 656 S., Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2010, 58,- €.

Rezensiert von Hendrik Thoß

Seit geraumer Zeit erfahren Forschungen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges aus truppen- bzw. operationsgeschichtlicher Perspektive eine steigende Aufmerksamkeit, die zweifellos auch von der erheblich vergrößerten Präsenz des Themas in den audiovisuellen Medien zu profitieren vermag.

Hierzu zählen nicht zuletzt Publikationen, die sich mit der Waffen-SS auseinandersetzen und die anknüpfen an Bernd Wegners bahnbrechende, mittlerweile in der 9. Auflage erschienene organisationsgeschichtlich akzentuierte Studie aus dem Jahr 1986 „Hitlers politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933-1945, Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite“.

Bereits neun Jahre zuvor, 1977, hatte Charles W. Sydnor im Rahmen seiner überarbeiteten Dissertationsschrift „Soldaten des Todes. Die 3. SS-Division ‘Totenkopf’ 1933-1945“ am Beispiel dieser SS-Division das Spezifische am politischen Soldatentum von Himmlers SS bzw. dem militärischen Arm, der Waffen-SS, herausgearbeitet. Seine Untersuchung gelangte erstmals 2002 in deutscher Sprache zur Veröffentlichung und wurde damit auch hierzulande einem breiterem Publikum zugänglich. Eine vergleichbare Fragestellung verfolgte Jean-Luc Leleu 1999 im Falle der 10. SS-Panzer-Division ‘Frunderberg’.

Vornehmlich an der Vorstellung von Biographien orientiert sind demgegenüber der von Ronald Smelser und Enrico Syring herausgegebene und 2003 in 2. Auflage erschienene Sammelband ‘Die SS - Elite unter dem Totenkopf’, in dem 30 Lebensläufe führender Akteure des ‘Ordens unter dem Totenkopf’ präsentiert werden, sowie die 2008 veröffentlichte und gleichermaßen umfangreiche wie präzise Arbeit Peter Longerichs zur Person Heinrich Himmlers.

Als eine direkte Fortschreibung der Untersuchung Bernd Wegners versteht sich nun die vorliegende, über 600 Seiten starke Dissertation René Rohrkamp, der die Beschreibung der Organisationsstruktur der Waffen-SS an eine Analyse ihres Sozialprofils koppelt. Dabei greift der Autor auf die in den Wehrstammbü-

chern von 2.555 Waffen-SS-Angehörigen enthaltenen Daten zurück. Als Vergleichsparameter dient Rohrkamp dabei eine Stichprobe von 9.902 Heeressoldaten aus dem selben Wehrkreis, deren Wehrstammbücher gleichfalls einer eingehenden Auswertung unterzogen wurden.

Im einführenden ersten Kapitel analysiert und beschreibt der Verfasser zunächst die verwendeten Quellen, umreißt seine wissenschaftliche Fragestellung und beschreibt die von ihm verwendete Methodik. Der Arbeit liegt vor allem die Auswertung von Wehrstammbüchern zugrunde, die von jedem einzelnen Wehrmachts- beziehungsweise Waffen-SS-Angehörigen im Mannschaftsstand umfangreiches Datenmaterial bereithalten und deren Untersuchung zwischenzeitlich auch computergestützt möglich geworden ist.

Ohne jeden Zweifel stellt die Existenz dieser Dokumente für die historische Forschung einen Glücksfall dar, durch den tiefe Einblicke in die Strukturen des deutschen Militärs in der Zeit des Nationalsozialismus möglich werden. Da sich der Verfasser jedoch zum Ziel gesetzt hat, ein "auf die Organisationsentwicklung projiziertes, dynamisches Sozialprofil der Waffen-SS entwerfen" zu wollen (S. 22), dürfte sich eine solche Analyse jedoch nicht allein auf die deutschen Angehörigen der Waffen-SS beschränken. Bekanntlich rekrutierte sich die Waffen-SS zu erheblichen Teilen auch aus sogenannten Volksdeutschen sowie aus Ausländern; Rohrkamp selbst weist auf Seite 14 auf dem Umstand hin, dass es sich bei etwa 400.000 der nahezu 1 Million Männer der Waffen-SS nicht um Reichsangehörige gehandelt hat, die in seine Studie jedoch keinen Eingang finden.

Die Untersuchung knüpft methodisch an organisationssoziologische Arbeiten an mit dem Ziel, aus den Datensätzen Rückschlüsse auf systeminterne Abläufe innerhalb der SS, auf das Sozialprofil der Waffen-SS aber auch auf die Mentalität beziehungsweise die Affinität des einzelnen Soldaten zum NS-System ziehen zu können.

Im zweiten Kapitel präsentiert der Verfasser eine statistische Auswertung der von ihm untersuchten Datensätze auf der Basis von acht Untersuchungsmerkmalen: Altersstruktur, regionale Herkunft, familiäre bzw. soziale Herkunft, Konfession, "NS-Sozialisation", Art der Rekrutierung, Zugehörigkeitsdauer und militärische Biographie. Die solcherart gewonnenen Daten überraschen letztlich kaum: Im Durchschnitt verfügte der hier untersuchte Waffen-SS-Angehörige über einen etwas niedrigeren und damit günstigeren body-mass-index (BMI) als sein "Wehrmachtskamerad" und war damit wenigstens theoretisch den physischen Anforderungen des Gefechts besser gewachsen. Gleichwohl scheint es recht zweifelhaft, ob sich auf der Basis der in den Papieren enthaltenen Informationen verbindliche Aussagen über die moralische Verfasstheit, die tatsächliche weltanschauliche Haltung und die Nähe zum NS-System fest machen lassen. Hierfür bietet der präsentierte "NS-Faktor", der einzig auf der Zugehörigkeitsdauer zu bestimmten NS-Organisationen fußt, keine solide Ausgangsbasis.

In den folgenden Kapiteln drei bis sechs schließt sich ein vordergründig an organisationsgeschichtlichen Fragestellungen ausgerichteter mehr als 300 Seiten umfassender Abschnitt des Buches an. Hier vermag der Verfasser jedoch nicht in gleichem Maße die im Kapitel zwei erhobenen Daten einfließen zu lassen, das

vorgegeben Ziel, ein dynamisches Sozialprofil der Waffen-SS abzubilden, gerät ein Stück weit aus dem Blick. Dennoch finden sich in den Kapiteln nicht wenige Beispiele individuellen Agierens einzelner SS-Angehöriger, die das den Datensätzen innewohnende Potential anschaulich illustrieren.

Dass die Moral und der unbedingte Kampfeswille der ganz überwiegend jugendlichen Waffen-SS-Rekruten über den Kriegsverlauf hinweg und allen Niederlagen und Rückzügen zum trotz, die der Kampf im Osten wie im Westen bereit hielt, weitgehend intakt und konstant blieb, dürfte letztlich niemanden verwundern, wenngleich hier der Aspekt des Korpsgeistes und des sich mit der Waffen-SS verbindenden und von Goebbels' PK-Berichtern sorgsam gepflegten elitären Mythos' wohl ebenso schwer wiegen dürfte wie die von Rohrkamp ins Felde geführte Prägekraft, die die NS-Ideologie bei den jüngsten zu den Waffen gerufenen Generationen seit ihrer frühesten Kindheit hatte entfalten können.

Antony Beevor hat in seiner 2010 in deutscher Sprache erschienenen Studie „D-Day. Die Schlacht um die Normandie“ zur alliierten Landung 1944 anhand zahlreicher anschaulicher Beispiele die ganz besondere Härte und die hohe Kampfmoral eines Großteils der an der Invasionsfront zum Einsatz gelangten Divisionen der Waffen-SS dargestellt und explizit auf die sich vornehmlich aus Heranwachsenden rekrutierende 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend“ verwiesen.

Ebenso naheliegend scheint der Befund, dass die Ergänzungsämter 1941, viel mehr jedoch ab 1943 in verstärktem Maße gezwungen waren, von ihren normativen physiologischen Kriterien abzugehen, um die zerschlagenen Verbände mit neuem „Menschenmaterial“ auffüllen beziehungsweise weitere Divisionen aufstellen zu können. Dies geschah vor dem Hintergrund rastloser Bemühungen Heinrich Himmlers und Gottlob Bergers, die Kompetenzen, Einfluss- und Zugriffsmöglichkeiten der SS, gerade auch auf dem Feld der Rekrutengewinnung im Reich in direkter Auseinandersetzung mit der Wehrmacht auszuweiten.

Letztlich kommt Rohrkamp am Ende seiner Arbeit zu demselben Befund wie Wegner, der dies allerdings am Führerkorps der Waffen-SS festgemacht hatte: das „ältere obermittelständisch, protestantische Element mit weitgehend traditioneller militärischer Ausbildung wird zugunsten eines jüngeren, untermittelständischen, konfessionell indifferenten und zugleich stärker politisierten Soldatentums“ (Wegner, S. 257) zurückgedrängt. Wohl fand sich dieses politisierte Soldatentum auch in der Wehrmacht wieder, aufgrund teils grundsätzlich anderer Rahmenbedingungen blieb hier jedoch der Wirkungsgrad um einiges geringer. Durchaus interessant ist jedoch die Erkenntnis zu bewerten, dass sich die Waffen-SS vornehmlich aus städtischen Unterschichten nicht jedoch wie nach dem Krieg von ihren Protagonisten behauptet, aus ländlichen Milieus rekrutiert hat. Als verbindendes Band erwies sich insbesondere für die vor 1939 zur Truppe gelangten Angehörigen neben der Affinität zum Nationalsozialismus einzig die Zugehörigkeit zu annähernd derselben Alterskohorte. Die beim Heer übliche landsmannschaftliche Verankerung war bei der Waffen-SS nur in Ausnahmefällen gegeben.

Der Autor hat mit der vorliegenden umfangreichen Studie der weiteren Forschung zur Sozialgeschichte des deutschen Militärs, insbesondere der Waffen-SS zahlreiche Impulse verliehen, die in erster Linie aus der Erschließung der Wehr-

stammbücher resultieren. In einem geradezu erschöpfendem Umfang in mehr als 150 Diagrammen und Tabellen sind die so gewonnenen Erkenntnisse statistisch zusammengefasst. An diese Befunde könnte die weitere Forschung anknüpfen und mit Hilfe von Detailuntersuchungen die von Rohrkamp postulierte Kategorie des „weltanschaulich gefestigten Kämpfers“ weiter unterlegen. Hier würde es lohnen, andere militärische Eliteformationen wie etwa die Fallschirmjäger vergleichend in den Blick zu nehmen; die Unterschiede zwischen beiden Truppen dürften letzten Endes so groß nicht gewesen sein.

Um jedoch dem selbst angelegten Anspruch gerecht zu werden, die Sozialstruktur der Waffen-SS in all ihren Facetten abzubilden, wäre eine Einbeziehung auch ihrer volksdeutschen und ausländischen Angehörigen, die etwa in der 5. SS-Division „Wiking“ oder der 7. SS-Division „Prinz Eugen“ kämpften, unabdingbar gewesen. Ist doch die Anziehungskraft der NS-Ideologie und der ihr innewohnenden Ingredienzen Antibolschewismus und Antisemitismus speziell nach 1939 ganz offensichtlich nicht allein auf die Deutschen beschränkt geblieben.

Dr. Hendrik Thoß, Chemnitz

Jürgen Nielsen-Sikora: Europa der Bürger? Anspruch und Wirklichkeit der europäischen Einigung – eine Spurensuche (Studien zur Geschichte der europäischen Integration, Bd. 4), 451 S., Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2009, 52 €.

Rezensiert von Werner Bühner

Heinrich von Brentano, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und engagierter „Europaparlamentarier“, war sich sicher: Die Zeiten, in denen es „so scheinen mochte, als wären die Nationalstaaten (...) die geeignetsten Träger und Garanten der Individual- und Gemeinschaftsinteressen“, erklärte er 1954 auf einer Tagung in Bad Honnef, „sind unwiederbringlich vorüber“ (S. 172-173). Diese Gewissheit ist nicht erst seit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und den anhaltenden Debatten über die Rettung Griechenlands und anderer kränkelder Euroländer ins Wanken geraten. Paradoxerweise leiteten ausgerechnet die Gründung der Europäischen Union Anfang der neunziger Jahre, die langersehnte Osterweiterung und schließlich die Einführung des Euro die Wiedergeburt des überwunden geglaubten Nationalstaats als Hoffnungsträger und Stabilitätsanker ein. Je mehr sich Europa wirtschaftlich und auch politisch integriere, so hat der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller diese Entwicklung in einem Artikel für die *Süddeutsche Zeitung* im Frühjahr 2012 zusammengefasst, desto „selbstbezogener“ würden seine Mitgliedsstaaten: Von einer gemeinsamen europäischen Hochkultur, die es zu „Hochzeiten der Völkerfeindschaften“ immerhin noch gegeben habe, sei heute nichts mehr zu spüren.

Easyjet und *Eurovision* hätten zur Aussöhnung zwischen den europäischen Völkern keinen nennenswerten Beitrag geleistet. Eher im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise ist eine „Renaissance des nationalen Vorurteils“ zu beklagen, wie Nicolas Busse in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zutreffend konstatiert hat. Die EU-Bürger sind sich trotz Binnenmarkt, Ferienreisen und *Champions League* im Grunde fremd geblieben – anfällig für längst vergessen geglaubte Zerr-, mitunter sogar Feindbilder.

Wie kann dieser Trend gestoppt und umgekehrt werden? Ein Mittel gegen die rapide schwindende Europabegeisterung, das seit den 1970er Jahren in Krisensituationen fast reflexartig ins Spiel gebracht wird, ist das „Europa der Bürger“ als demokratisch und emotional unterfütterte Strategie gegen das technokratische und kalte „Europa der Unternehmen und der Märkte“. Wie dieses Bürger-Projekt entstand, auf welche Wurzeln es rekurrierte und welche Erfolge seit seiner Inthronisation im Tindemans-Bericht vom Januar 1976 bei der Verwirklichung erzielt werden konnten, ist Gegenstand des empirisch höchst gehaltvollen und geistreichen – manchmal die eigene Belesenheit allerdings etwas zu penetrant demonstrierenden – Buches von Jürgen Nielsen-Sikora, der als Privatdozent an der Universität Köln lehrt. Das „Europa der Bürger“ deutet er sogar als „Kulminationspunkt der europäischen Einigung“ (S. 40), als „eigentlichen Kern der europäischen Idee“ (S. 41). Und er macht keinen Hehl daraus, dass er die Idee vom „Europa der Bürger“ auch „persönlich mit Nachdruck“ verteidigt und ihre „unzureichende Realisierung“ mit „großer Besorgnis“ verfolgt (S. 71). Denn nur Akzeptanz und Unterstützung seitens der Bürger, so Nielsen-Sikora im Einklang mit Positionen innerhalb der EU, ließen die Union „lebendig“ werden (S. 45). Sein Anliegen, das „Europa der Bürger“ im „Spiegel seiner Geschichte aufscheinen zu lassen“, hofft er durch die systematische Auswertung der einschlägigen unveröffentlichten und veröffentlichten Quellenbestände zu erreichen – erwähnt seien die Deposita Helmut Schmidt im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Nachlässe Hans von der Groeben und Walter Hallstein im Archiv der Christlich-Demokratischen Politik sowie zahlreiche Unterlagen aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts.

Derart eingestimmt und durch eine Begriffsklärung im Eingangskapitel sensibilisiert, nimmt der Autor Leser und Leserinnen auf eine „Spurensuche“ nach den historischen Wurzeln und den konkreten Anläufen zur Verwirklichung des Leitbilds vom „Europa der Bürger“ mit. Die erste Etappe umfasst den Zeitraum von 1795 bis 1945 und reicht von Kants „Ewigem Frieden“ bis zum Scheitern hegemonialer Europaideen der Nationalsozialisten mit der Niederlage im totalen Krieg. Zwar sei „viele von dem, was nach 1945 politisch angegangen werden sollte“, in den Jahrhunderten davor in den Diskursen über Frieden, Bürgerstatus und Europa „geistig angelegt“ worden, doch habe es vor allem „am politischen Willen“ gefehlt, „die Idee Europa Wirklichkeit werden zu lassen“ (S. 165). Die „zweite Spur“ führt von den Anfängen der europäischen Einigung in Gestalt der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis in die späten 1960er Jahre. Die Präambel des Montanunion-Vertrags hebt zwar noch ganz auf die Sicherung des Weltfriedens und die Hebung des Lebensstandards ab, doch

taucht auch der Gedanke einer Gemeinschaft der „Völker“, die „lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren“, an prominenter Stelle auf.

Bis dann aus den „europäischen Völkern“ das „Europa der Bürger“ wurde, dauerte es allerdings noch bis zum Tindemans-Bericht von 1976, dem eigentlichen Zielpunkt der „dritten Spur“. Hier taucht der Begriff erstmals explizit in einem offiziellen Dokument der Gemeinschaft auf. Die detaillierte Analyse der Entstehung des Berichts und des Berichts selbst ist zweifellos ein Höhepunkt des Buches; eine solch differenzierte, pointierte und den politischen Kontext berücksichtigende Interpretation bekommt man nicht oft zu lesen. Deutlich wird auch der Zusammenhang des Projekts mit dem dramatischen Rückgang der Zustimmung zur Einigung Europas. Das Interesse an Europa sei auf dem Tiefpunkt, kommentierte eine Bonner Tageszeitung das Ergebnis einer Infas-Umfrage aus dem Jahr 1975, nach der nur 16 Prozent der befragten Bürger der Meinung waren, dass Europa eine „wichtige Aufgabe“ sei (S. 239). Die politischen Eliten, so fasst Nielsen-Sikora seine Befunde zusammen, reagierten auf die wachsende Europamüdigkeit also immerhin mit einem neuen politischen Vokabular, und das „Europa der Bürger“ avancierte zu einem der neuen Leitbegriffe. Den Versuchen, diesen Leitbegriff mit unterschiedlichsten Instrumentarien in den Köpfen und Herzen der Bürger zu verankern, ist Thema der vierten und fünften „Spurensuche“, die über den Vertrag von Maastricht und die Debatten über Unionsbürgerschaft und Euro bis in die Gegenwart führt. Obwohl der „Frieden der Völker“ mittlerweile gesichert scheint, droht der „soziale Frieden“ angesichts der Herausforderungen durch Globalisierung und Finanzkrise zu zerbrechen. Inwiefern es wirklich gelingen wird, „die Bürger zu Ko-Subjekten des Einigungsprozesses“ (S. 390) zu machen, ist nach wie vor offen. Ob die vielerorts – und auch von Nielsen-Sikora – favorisierte „Sozial-Union“ geeignet ist, die Schattenseiten „fortschreitender Kommerzialisierung“ und Marktanpassung (S. 401) auszugleichen, muss sich ebenfalls erst noch zeigen.

Trotz der alles andere als ermutigenden Befunde, die Nielsen-Sikora zu Tage fördert, bleibt er vorsichtig optimistisch: Ja, ein „Europa der Bürger“ ist nicht nur möglich, sondern vor allem auch sinnvoll, weil es ohne die Berücksichtigung und Beteiligung der Adressaten des europäischen Projekts, eben der Bürger, wenig Hoffnung gibt, die gegenwärtig grassierende Apathie, ja mancherorts sogar Feindschaft gegenüber Europa zu überwinden. Mit anderen Worten, das „Europa der Bürger“, so die These des Autors, ist auch notwendig für das Gelingen des Einigungsprojekts. Ob die bislang unter dieser Überschrift propagierten und praktizierten Maßnahmen der „Verbürgerlichung“ Europas tatsächlich dienen, darüber kann man streiten. Manches wirkt doch erschreckend hilflos, manches erschöpft sich in bloßer Rhetorik. Nielsen-Sikoras Buch leistet zu der dringend notwendigen Debatte darüber, wie es mit Europa voran gehen könnte, jedenfalls einen klugen und wichtigen Beitrag.

Prof. Dr. Werner Bühner, München

Jens Kreuzfeldt: „Point of return“. Großbritannien und die Politische Union Europas 1969-1975 (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration, Bd. 9), 650 S., Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2010, 72 €.

Rezensiert von Jürgen Mittag

Das Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft zählt zu jenen Problemfeldern der Integrationsforschung, denen sowohl seitens der Geschichts- als auch der Politikwissenschaft bereits beträchtliche Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. In diesem Zusammenhang stand bislang vor allem der Zeitraum der diplomatischen Verhandlungen seit der EFTA-Gründung und den gescheiterten Beitrittsgesuchen in den 1960er Jahren im Mittelpunkt, die u.a. in den viel beachteten Studien von Alan Milward, N. Piers Ludlow und Wolfram Kaiser systematisch untersucht wurden. Demgegenüber ist die Zeitphase, die dem britischen Beitritt im Jahr 1973 unmittelbar voranging, sowie der sich anschließende Zeitabschnitt der ersten Mitgliedsjahre des Königreiches in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weitaus geringer seitens der Wissenschaft behandelt worden, was nicht zuletzt die Vernachlässigung des britischen Referendums über den Verbleib in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1975 in Überblicksdarstellungen dokumentiert. Die britische Europapolitik gilt seit dem Beitritt des Königreiches zur EWG gemeinhin als schwierig, bisweilen wurden die britischen Positionen sogar mit Attributen wie „halbherzig“ oder „egozentrisch“ belegt. Vor allem dann, wenn die politische Weiterentwicklung der Gemeinschaft im Blickfeld stand, wurde von britischer Seite primär das Leitbild einer Politischen Union im Sinne der intergouvernementalen politischen Kooperation betont.

Vor dem Hintergrund dieser verbreiteten, bislang aber nur begrenzt quellenkritisch gestützten Forschungs- und Wahrnehmungslage ist es zu begrüßen, dass der Kieler Historiker Jens Kreuzfeldt eine – auf seiner an der Christian-Albrechts-Universität angenommenen Dissertation basierende – Studie vorgelegt hat, die das Ziel verfolgt, die britische Europapolitik in der ersten Hälfte der 1970er Jahre näher zu untersuchen, um auf Grundlage der britischen Regierungsakten der Jahre 1969 bis 1975 ein differenziertes Bild britischer Europapositionen zu zeichnen. Im Mittelpunkt der mit 650 Druckseiten ebenso umfangreichen wie detaillierten Arbeit stehen dabei mit dem Labour-Politiker Harold Wilson und dem Tory Edward Heath jene beiden britischen Premierminister, die der britischen Europapolitik in dieser Phase ihren Stempel aufgedrückt haben. Wilson regierte von Oktober 1964 bis Juni 1970, Heath stand bis März 1974 an der Spitze der britischen Regierung, gefolgt von Wilson, der bis April 1976 abermals als Premier amtierte.

Als roter Faden der Untersuchung dient Kreuzfeldt die Zielsetzung, die den britischen Europaplänen innewohnenden, oftmals aber verborgenen Vorstellungen zur politischen Entwicklung der europäischen Einigung offenzulegen und nachvollziehbar zu machen, darüber hinaus aber auch zu untersuchen, warum geplante Beiträge teilweise nicht in die Tat umgesetzt wurden. Kreuzfeldt konzentriert

sich dabei im Kern auf drei Problemfelder: Es wird erstens untersucht, welche Vorstellungen die jeweils amtierenden britischen Regierungen und Administratio-
nen mit dem 1972 erstmals aufgeworfenen Leitbild der „Europäische Union“
überhaupt verbanden und welche Bedeutung diesem Vorhaben beigemessen wur-
de. Zweitens werden die Intentionen, die hinter den europapolitischen Vorstellun-
gen der jeweiligen britischen Regierungen standen, beleuchtet. In diesem Zusam-
menhang wird auch näher darauf eingegangen, warum bestimmte Zielsetzungen
nur zurückhaltend verfolgt wurden, und welche Konsequenzen sich aus dieser
Zurückhaltung ergaben. Schließlich werden drittens auch die Auswirkungen der
britischen Europapolitik auf die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und
den europäischen Integrationsprozess untersucht, die dann wieder an das britische
Verhältnis zur europäischen Integration rückgebunden werden.

Die Studie folgt einem chronologischen Aufbau. Das erste Hauptkapitel be-
leuchtet überblicksartig Großbritanniens Annäherung an die Gemeinschaft vom
Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Mitte der 1960er Jahre. Für den Premier
Harold Macmillan (1957-1963) blieb die europäische Integration stets ein Neben-
schauplatz, auf dem – anders als in den EGKS/EWG-Gründungsstaaten – nie der
Gedanke eine politischen Endzustands auf dem Spielplan stand. Kreutzfeldt zu-
folge war dies eine Besonderheit der britischen Mentalität bzw. des britischen
Selbstverständnisses, denn „dem Gedanken einer wie auch immer gearteten vor-
definierten Vision von politischer Finalität stand Großbritannien traditionell skept-
tisch gegenüber“ (S. 544). Die grundsätzliche britische Skepsis gegenüber integ-
rationspolitischen Bemühungen begründet der Autor mit der stark individualis-
tisch geprägten politischen Kultur im Vereinigten Königreich, der es schwer fiel,
sich auf institutionelle Konstrukte einzulassen, bevor diese den Praxistest bestan-
den.

Dem Zeitabschnitt nach dem zweiten gescheiterten britischen Beitrittsantrag,
dem in der Arbeit das zweite Hauptkapitel gewidmet ist, kommt besondere Be-
deutung zu. Jens Kreutzfeldt stellt in diesem Zusammenhang heraus, dass die
Weichen für eine unwiderrufliche Zukunft Großbritanniens innerhalb der Europä-
ischen Gemeinschaft maßgeblich von Harold Wilson gestellt wurden, obwohl
dieser in der allgemeinen Wahrnehmung das Gegenbild des europabegeisterten
Heath verkörperte. Kreutzfeldt erläutert, dass Europa sicherlich nicht Wilsons
„erste Wahl“ gewesen sei, doch nachdem er erst die „zweite Wahl“ getroffen ha-
be, habe er diesen Europakurs entschlossen und konsequent umgesetzt. Wilson
habe somit aus der Überzeugung heraus gehandelt, letztlich die beste Wahl für
Großbritannien getroffen zu haben. Kreutzfeldt legt überzeugend dar, dass Wil-
sons Absichten und Ziele stets schwer durchschaubar blieben und gerade wegen
dieser Undurchschaubarkeit wurde er, obwohl seine Europapolitik unterm Strich
nicht gravierend von der seines Nachfolgers Heath abwich, zu Unrecht als antieu-
ropäisch eingestuft.

Mit Edward Heath, der im Mittelpunkt des dritten Hauptkapitels steht, erhielt
die britische Europapolitik sowohl eine neue Dynamik als auch eine neue Tonla-
ge. Heath wird von Kreutzfeldt als gleichermaßen europäischer Idealist wie auch
als britischer Pragmatiker beschrieben, der selbst zwar bedingungslos an seine

Europapolitik glaubte, aber nicht das Geschick hatte „die britische Öffentlichkeit mit seiner Begeisterung anzustecken“ (S. 282). Wilsons Politik dagegen war greifbarer und verhielt sich „so etwas wie Europa für den einfachen Mann auf der Straße“ (S. 552). Obwohl Heath das Konzept des „think European“ repräsentierte, verhielt er sich in der politischen Praxis, so Kreutzfeldt, doch wie ein „Intergouvernementalist“, der Europapolitik durchweg im Sinne britischer Interessen betrieb.

Die Zeitphase 1974/75, die im vierten Hauptkapitel behandelt wird, muss auch nach den detaillierten Quellenfunden von Kreutzfeldt als undurchsichtig beschrieben werden. Die Haltung und Strategie Wilsons kann mit dem Bild einer „riskanten innen- und parteipolitischen Gratwanderung“ (S. 563) umschrieben werden, die eher auf kurzfristige Lösungen, denn auf langfristige Strategien ausgerichtet war und letztlich nicht einem Konsens in der britischen Bevölkerung hinsichtlich des europäischen Integrationsprojektes den Weg bahnte.

Eine ausführlichere Schlussbetrachtung, die – dem Reihenkonzept folgend – der Studie auch in englischer und französischer Sprache angefügt ist, fasst zentrale Ergebnisse zusammen und liefert einen Ausblick auf die Kontinuitäten britischer Europapolitik bis in die 1990er Jahre. In der Gesamtbilanz des Autors stehen vor allem die gemeinsamen übergeordneten Leitbilder heraus, die beide Premierminister in konzeptioneller Diktion in der ersten Hälfte der 1970er Jahre verfolgten, während Heath und Wilson europapolitisch nur Nuancen trennten. Britische Initiativen im europäischen Einigungsprozess waren stets mit den konkreten politischen Zielen und Interessen des Königsreichs verknüpft wie exemplarisch am britischen Vorschlag einer Neuauflage der Fouchet-Pläne im Jahr 1968 und am Burrows Report von 1974 veranschaulicht wird. Beide Vorhaben können als Belege dafür ins Feld geführt werden, dass unterschiedliche britische Regierungen durchaus bereit waren, den europäischen Einigungsprozess voranzutreiben. Kreutzfeldt bilanziert: „In der Substanz mochte sich die Europapolitik dieser beiden britischen Politiker nicht sonderlich unterscheiden, doch im Ton tat sie es sehr wohl. Heath vermied damit den Kardinalfehler der britischen Europapolitik, die so oft verkannt hat, daß es in der Europapolitik oftmals der Ton ist, der die Musik bestimmt“ (S. 552).

Mit diesen und weiteren Einzelergebnissen hat Jens Kreutzfeldt eine ebenso akribische wie quellengesättigte Studie vorgelegt, die in zahlreichen Einzelheiten eine differenzierte Sicht auf die britische Europapolitik der frühen 1970er Jahre erlaubt und damit sowohl der England- als auch der Integrationsforschung eine Fülle neuer Interpretationsofferten liefert. Angesichts der Detailfülle der anregenden Studie – sowie immer wieder eingestreuter stupender Hinweise des Autors zu weiteren Strängen der Integrationsgeschichte – vermisst der Leser bisweilen allerdings die Rückbindung der Details an die größeren Linien der Integrationsentwicklung als Ankerpunkte. Dies umso mehr, da nicht immer eindeutig nachvollziehbar zwischen den politisch-ökonomischen Zielen der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft und dem Projekt der Politischen Union unterschieden wird. Ob der Grad der Differenzierung zudem so weit reicht, dem Autor bei seinen vielfach implizit, bisweilen aber auch explizit formulierten und meinungsfreudigen

Revisionen bisheriger Wertungen zur britischen Europapolitik in allen Belangen zuzustimmen, dahinter ist wohl ebenso ein Fragezeichen zu setzen wie hinter die Überlegung, ob bzw. wann der titelgebende „Point of [no] return“ der britischen Europapolitik mit Blick auf die Hinwendung zur europäischen Integration denn nun anzusetzen ist.

Prof. Dr. Jürgen Mittag, Bochum

Jan-Henrik Meyer: *The European Public Sphere. Media and Transnational Communication in European Integration 1969-1991* (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration, Bd. 10), 361 S., Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2010, 49 €.

Rezensiert von Peter Pichler

Gibt es auf EU-Niveau etwas, das sich vernünftigerweise als „europäische Öffentlichkeit“ bezeichnen lässt? Dieser entscheidenden Forschungsfrage geht der hier anzuzeigende Band, erschienen in der Reihe „Studien zur Geschichte der europäischen Integration“ im Franz Steiner Verlag zu Stuttgart, nach. Um den Gesamteindruck des Buches vorwegzunehmen: Es handelt sich um eine Studie, die nicht nur auf empirischer Basis wissenschaftliches Neuland betritt, sondern konzeptionelle Impulse liefert, auf welche folgende Studien aufbauen können. Die Frage nach der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit ist nicht neu, bereits mehrere einschlägige Werke – vor allem aus der Soziologie – beleuchten dieses Thema und kommen dabei zu ambivalenten Ergebnissen, was die Existenz und Form einer europäischen Öffentlichkeit angeht. Um beurteilen zu können, was es heißt, sich auf die Suche nach der europäischen Öffentlichkeit zu machen, ist es notwendig, sich in Erinnerung zu rufen, womit man es bei der Europäischen Union eigentlich zu tun hat. Es handelt sich um ein „moving target“, das sich der schnellen Kategorisierung entzieht. Am nächsten an den empirischen Befunden ist es, die EU als ein „Netzwerk“ zu begreifen, welches verschiedene Systemebenen (regionale, nationale, supranationale) in sich integriert. In diesem Netzwerk verhaften viele und unterschiedliche Diskurse, deren Untersuchung und Ontologie die Voraussetzung der Frage nach der europäischen Öffentlichkeit ausmachen. Jan-Henrik Meyer ist sich dieser komplexen Situation bewusst. Er startet seine Darstellung daher mit einer weit ausgreifenden Einleitung, welche nicht nur in die Fragestellung des Buches einführt, sondern gleichzeitig den Rahmen des Narrativs des Bandes in Form von fünf formulierten Schlüsselfragen bzw. -hypothesen absteckt. Diese Fragen umfassen die Suche nach der EU als Referenzpunkt, die Frage nach der Synchronizität der in den Medien behandelten Themen, die Frage nach der transnationalen Miteinbeziehung der Informationsvermittler (Journalisten), die Frage nach der transnationalen Kommunikation überhaupt sowie die Fra-

ge des europäischen Selbstverständnisses. Gerade letzte Frage scheint etwas unpräzise formuliert, erfordert doch gerade der überbordende Diskurs um die europäische bzw. EU-Identität eine genaue Bestimmung des begrifflichen Inventars. Diese diskursiven Fragestellungen bzw. Hypothesen formulieren und skizzieren ein heuristisches Raster, über welches Meyer nach seinen empirischen Befunden ausgreift. Sie werden stringent verfolgt und charakterisieren damit den narrativen Raum der Studie.

Auf die bereits theoretisch reflektierte Einführung folgt ein ebenso breit angelegtes Methoden- bzw. Theoriekapitel, in welchem der Autor den Boden für sein Vorhaben methodisch und theoretisch aufbereitet. Hierbei stellt Meyer zuerst den Begriff der „Öffentlichkeit“ vor, worauf eine europäische Kontextualisierung des Begriffs erfolgt – der Autor setzt sich mit dem Terminus der „europäischen Öffentlichkeit“ auseinander. Eine Vorstellung der bisherigen historiographischen Konzepte zur Erfassung der europäischen Öffentlichkeit beendet das Unterkapitel. Es folgt ein Unterabschnitt, der sich der Methoden der „European public sphere research“ annimmt; dieses umfasst die Vorstellung der historischen Transfer- und Vergleichsforschung sowie die Inhalts- und Diskursanalyse als methodische Konzepte der einschlägigen Forschung. Der Enge des Platzes ist es geschuldet, dass der Autor kaum auf die Aspekte von Macht- und Machtkonstruktion eingehen kann, welche mit der Analyse von Diskursen verbunden ist. Ein nächstes Kapitel – überschrieben mit dem Wort „Operationalisation“ – wiederholt die fünf anleitenden Forschungsfragen und -hypothesen und strukturiert damit den Verlauf der wissenschaftlichen Erzählung.

Ein nächster größerer Abschnitt leistet den Einstieg in die empirische Materie, mit welcher sich der Verfasser des Werks auseinandergesetzt hat – es geht um die „European public sphere in context“. Diese Operation der Kontextualisierung des Materials muss als ein gelungener Schachzug des Forschungsdesigns Jan-Henrik Meyers verstanden werden: Der Autor ummantelt gleichsam seine Erzählung mit Daten und Fakten, welche den Integrationsprozess für den untersuchten empirischen Zeitraum zwischen dem Haager Gipfel 1969 und dem Gipfel von Maastricht 1991 narrativ aufbereiten. Der Autor greift damit quasi in die diskursive „Trickkiste“ – er erzeugt eine breite diskursive Front, vor welcher sich seine eigene Geschichte (das Narrativ der European public sphere von 1969 bis 1991) gleichsam als Mikrogeschichte abspielen kann. Dieser Akt der „Erfindung“ eines Kontexts ist in keiner Weise pejorativ zu bewerten. Ganz im Gegenteil: erst dadurch, dass der Verfasser des anzuzeigenden Werks einen breiteren historischen und historiographischen Kontext quasi „erfindet“ (sprich: diskursiv erzeugt), wird es möglich, die Mikrogeschichte des eigentlichen Themas der Studie narrativ zu entfalten.

Der Abschnitt „the European public sphere in context“ umfasst vier Unterkapitel. Hierbei ist besonders die gelungene und straffe Darstellung der Geschichte der untersuchten europäischen Gipfel hervorzuheben – Jan Henrik Meyer nimmt die Gipfel von Den Haag 1969, Paris 1974, Brüssel 1978, Luxemburg 1985 sowie Maastricht 1991 als Gegenstand der Berichterstattung in den Medien als sein Untersuchungsobjekt. Eine Einführung in die Medienstruktur der untersuchten briti-

schen, deutschen und französischen Qualitätszeitungen beschließt diesen Abschnitt. Hierbei sind einige grundsätzliche Aspekte anzumerken: Sich auf die Konstruktion einer europäischen Öffentlichkeit im Markt der Qualitätszeitungen zu konzentrieren, bedeutet sich auf die Elitenrezeption EUropas zu beschränken. Dies bedeutet eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, die ein Narrativ evoziert, welches an der breiten Masse der Bevölkerung vorbeigeht. Der sprichwörtliche „kleine Mann“, der seine Information nicht gerade aus den Qualitätszeitungen, sondern aus Boulevardmedien bezieht, wird somit durch das Narrativ nicht erfasst. Was bedeutet dies? Es bedeutet nicht weniger, als dass Jan-Henrik Meyers Erzählung der Geschichte der europäischen Integration die Konstruktion der europäischen Öffentlichkeit *nur* auf Elitenniveau rekonstruiert; das Narrativ kommt somit nicht über den Grenzwall hinaus, den vor allem die Boulevardpresse als Raum der Kritik rund um die EU-Berichterstattung aufgebaut hat. Es handelt sich um Eliteninformation über ein Elitenphänomen. Wieder einmal schafft es die Wissenschaft nicht, sich von Elitenarrativen zu lösen und einen soziokulturellen „bottom-up“-Ansatz zu verfolgen. Dies scheint eine grundsätzliche konzeptionelle Kritik an Meyers Werk zu implizieren; die Kritik wiegt jedoch nicht schwer, da Meyers Werk erst den Anfang der einschlägigen historischen Forschung markiert. Nachfolgende Forschungsprojekte sollten jedoch die Diskurse des Boulevards auf ihre Europabilder hin untersuchen.

Es folgt das eigentliche Kernkapitel der Arbeit, in welchem der Autor eine höchst schlüssige und nachvollziehbare Analyse des Diskurses der Qualitätszeitungen in Deutschland, Großbritannien und Frankreich präsentiert. Das Narrativ, welches Meyer konstruiert, gelangt in diesem Kapitel zum Höhepunkt und Zenit der diskursiven Strategien zur Erzeugung einer historiographischen Erzählung. Ausgehend von den fünf Forschungsfragen bzw. -hypothesen, welche der Autor schon am Beginn seiner Arbeit formuliert hat, wird der erzählerische Raum des Buchs erschaffen und ausgestaltet. In diesem Raum herrschen die Gesetze einer europäischen Öffentlichkeit: damit postuliert Meyer – wenn auch in weiten Strecken implizit –, dass es eine europäische Öffentlichkeit gibt. Kritik ist nur daran zu üben, dass die Öffentlichkeit, die Meyers Narrativ konstruiert, lediglich einen Ausschnitt einer europäischen Gesamt-Öffentlichkeit darstellen kann – es handelt sich wie schon erwähnt um ein Elitenphänomen. Der erzählerische Raum, den der Verfasser über seine fünf Forschungsfragen bzw. -hypothesen aufreißt, stellt eigentlich nichts anderes als eine Rekonstruktion des Elitendiskurses der Qualitätszeitungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien dar. So interessant und als Pionierarbeit überzeugend Meyers Darstellung auch ist, so scheinen Fragen nach den Machtbeziehungen und Machtkonstruktionen, welche im Sinne der Foucault'schen Machtkritik mit jeglichen Diskursen verbunden sind, in der Darstellung etwas zu kurz kommen. Aber auch dieser Aspekt mag die Richtung der noch kommenden Forschung bestimmen.

Im letzten Kapitel trägt der Verfasser seine Ergebnisse – wiederum folgend den fünf formulierten Forschungsfragen und -hypothesen – zusammen und präsentiert einige Schlussfolgerungen in Bezug auf die Frage der europäischen Öffentlichkeit und der Demokratisierung der EU.

Zusammenfassend handelt es sich um eine Studie, die die Forschung um wichtige Aspekte bereichert – dies sowohl auf empirischer als auch konzeptioneller Basis. Wer sich in historischer Hinsicht über die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit informieren will, ist mit Jan-Henrik Meyers Arbeit zum Zeitraum 1969 bis 1991 als Einstieg bestens beraten.

Dr. Peter Pichler, Graz

Paravicini, Werner: Die Wahrheit der Historiker, 94 S., Oldenbourg Verlag, München 2010, 29,80 €.

Rezensiert von Marian Nebelin

Die Polemik ist eine Kunstform wissenschaftlicher Argumentation. Sie ermöglicht es dem Autor, ohne Rücksichtnahmen Probleme überspitzt darzustellen und ohne Umwege Lösungen zu skizzieren. Werner Paravicinis neues Buch „in der Form eines unwilligen Essays“ (S. VII) ist eine solche wissenschaftliche Polemik, in deren Zentrum die Idee historischer Wahrheit steht. Den Ausgangspunkt von Paravicinis Überlegungen bildet die Vorstellung, dass wir uns in einer abklingenden „Wahrheitskrise“ (S. 39) befänden. Paravicini wendet sich gegen die Zerfaserung und Verleugnung des Wahrheitsbegriffs, die er im gegenwärtigen Wissenschaftsbetrieb ausmachen zu können glaubt. Demgegenüber hebt er die Bedeutung des Wahrheitsbegriffs für die Geschichtswissenschaft, ja für jede Wissenschaft hervor. Um seine Ansicht zu belegen, bedient Paravicini sich eines klassischen Dreischritts: Auf einen Problemaufriss (S. 2-13, 43-51) folgen eine Kritik (S. 13-32, 51-58) sowie abschließend ein Lösungsvorschlag (S. 32-38, 58-61). Paravicini schließt dann mit der optimistischen Einschätzung, dass „die ‚Wahrheit‘ und ihr Troß demnächst zur neuesten Mode werden“ (S. 28) könnten.

Die Kritik setzt mit der Einschätzung ein, gegenwärtig herrschten in der Geschichtswissenschaft Wahrheitsauffassungen vor, die dem Versuch gleichkämen, „den stillschweigenden Pakt zwischen Leser und Autor“ zu brechen, „der vom Historiker und auch vom Memorialisten vor allem eines verlangt: Wahrheit“ (S. 1). Der Wahrheitsanspruch ist demnach Kennzeichen historischer Forschung: Er unterscheidet den Historiker vom Literaten. Diese Grundlage der Geschichte als Wissenschaft wird nun nach Ansicht Paravicinis „von allen Fachleuten“ (S. 2) zunehmend misstrauisch beäugt, wenn nicht gänzlich verneint. Der platonische Gegensatz von Wissen und Meinen werde dabei zugunsten des Meinens entschieden; und dort, wo nur das Meinen zähle, bestehe kein Bedarf an Wahrheit. Mit ihr verschwinden Paravicini zufolge auch die ‚Tatsache‘ und die ‚Quelle‘. Inwiefern diese nun grundsätzlich in Zweifel gezogen werden, wird bei Paravicini nicht recht deutlich; er kritisiert, dass beide zunehmend als ‚Konstrukt‘ wahrgenommen

würden. Letztlich würden auch sie durch diese Tendenz beliebig; sie bleiben ebenfalls bloßem Meinen unterworfen.

Die verbreitete positive Hervorhebung des Meinens geht nach Ansicht Paravicinis mit der Tendenz einher, an die Stelle des Strebens nach Wahrheit das nach ‚Deutungshoheit‘ oder ‚Meinungsführerschaft‘ zu setzen (S. 4). Auch diese Annahme Paravicinis folgt dem Muster der Sophistenkritik Platons: Nicht wahrhaft zu überzeugen gälte es für die Konkurrenz, sondern bloß situativ zu überreden. Und ein weiteres Element hat Paravicinis Zunftekritik mit Platons Kritik gemein: Beide werfen ihren Kontrahenten vor, dieses Verhalten nur aufgrund ökonomischer Interessen an den Tag zu legen. „Markt interessiert, nicht Wahrheit“ (S. 12), hält Paravicini einer Geschichtswissenschaft vor, die zunehmend versuche, sich der populären Geschichtsdarstellung anzunähern und darin ihre „Säkularisierung“ (S. 10) erfahre. Die Folge einer durch ‚Neid‘ und ‚Aufmerksamkeitsstreben‘ (S. 11) motivierten Anbiederung an das Publikum sei, dass „[n]icht die Wahrheit gewinnt [...], sondern die bessere Geschichte, womit hier ‚story‘ gemeint ist, nicht ‚history““ (S. 5). Dies freilich gefährde nicht nur die Grundlagen der Geschichtswissenschaft, sondern auch das Bündnis zwischen der Wissenschaft und ihren Rezipienten: Trotz allem seien letztere nämlich nicht bereit, „den Verzicht auf erforschte Wahrheit, Tatsache, Quelle [...] mit[zumachen]“; sie „lassen sich die handgreifliche Wirklichkeit nicht nehmen“ (S. 12).

„Wege heraus“ (S. 13) aus dem Dilemma eröffnet nach Ansicht Paravicinis nur ein Rückgriff auf basale Wahrheiten. So sei die geschichtswissenschaftliche Forschungspraxis durch zwei Arbeitsschritte gekennzeichnet: Aus Quellen werden Tatsachen ermittelt. Daraufhin folgt deren ‚Deutung‘. Bei der Ermittlung der Tatsachen oder Fakten im ersten Schritt geht es Paravicini zufolge jedoch „um Richtigkeit, nicht um Wahrheit“ (S. 14). Er knüpft mit dieser Einschätzung an Überlegungen Reinhart Kosellecks an, der darauf hingewiesen hatte, dass die gleichsam technischen Aspekte der Quellenarbeit (‚Echtheitsfragen‘, ‚Datierungen‘ etc.) „mit gleichsam naturwissenschaftlicher Exaktheit“ (S. 14) durchführbar seien. Auf diese Weise entnehmen Historiker Paravicini zufolge den Quellen (zunächst) ‚Fakten‘ und „Grundtatsachen“, wobei er darunter Informationen versteht „wie Geburt, Taufe, Hochzeit, Krankheit, Tod und Begräbnis“, aber auch „alle Arten von Ereignissen“, etwa „Sieg oder Niederlage“ (S. 17). Ungewollt gleitet Paravicini damit freilich schon in die Deutungsebene ab: Sieg oder Niederlage etwa sind Interpretationskategorien – man denke hier nur an das als Pyrrhussieg bezeichnete Phänomen.

Dass ihm die Einschätzung, dass Analyse und Interpretation oft ineinander übergehen, letztlich selbst nicht fern liegt, verdeutlicht Paravicinis Erklärung, dass Quellen „nicht geschaffen, sondern ausgewählt“ werden, wobei „[d]er schöpferische Prozeß“ in der „Auswahl aus dem Vorhandenen“ und „in der Einordnung in den [...] Zusammenhang“ besteht (S. 23). Dennoch bleibt gerade die Erörterung der Deutungsebene bei Paravicini ambivalent, da er jedweder Interpretation zu misstrauen scheint. So konstatiert Paravicini zu Recht, dass „die Deutung“ einer Quelle „oft von Anfang an widersprüchlich“ (S. 18) ist. Durch ihre Bindung an

die Perspektive ihrer eigenen Zeit seien die Interpreten zudem der „Gefahr“ (S. 20) von Missverständnissen und Anachronismen ausgesetzt.

An diesem Punkt nimmt Paravicinis Polemik eine seltsame, wenn auch konsequente Wendung. Die Frage nach dem, was Wahrheit sei, beantwortet Paravicini nun in einer Weise, die vielen der von ihm so vehement Kritisierten wenig Kopfzerbrechen bereiten wird: Richtigkeit sei unbedingt vom Historiker einzufordern; bei der „Wahrheit an sich“ (S. 24/25) sei die Sache jedoch schwieriger: „Als Idee“ gäbe es sie, die Wahrheit, „schon, angewandt auf konkrete Sachverhalte nicht: Diese Hoffnung müssen wir aufgeben.“ Stattdessen gelte es die historiographischen Schwierigkeiten im Übergang von der Analyse zur Interpretation zu berücksichtigen: „Der Weg führt von der Richtigkeit der Einzeltatsache zur Wahrheit des Gesamtzusammenhangs. Den aber zu erkennen ist schwierig, weil Fakten neuer Ordnung sich davor stellen: das Geglaubte, das Vergessene, das Erinnerte“ (S. 25). An diesem Punkt „kommt die Phantasie in Spiel“ (S. 29).

Die interpretativen Eigenleistungen des Historikers verankert Paravicini im Grunde genommen in der „Imagination“ (S. 29) und damit auch in der Intuition des Einzelnen. Der Umstand, dass man als Historiker mit diesen subjektiven Mitteln eine Erzählung entwickelt, habe aufgrund der notwendigen „Zweidimensionalität der Darstellung, die nur nacheinander gelesen werden kann, [...] unabsehbare Verluste zur Folge“, in deren Folge Wahrheit „in diesem Prozeß nicht unbeschadet bleiben“ könne (S. 32): Mechanismen der Komplexitätsreduktion, „[n]eue Quellen [...] [,] [n]eue Probleme, neue Verfahren, neue Gegenstände“ sowie „das wechselnde Interesse der Gegenwart“ (S. 33) an der Vergangenheit würden in der ‚Unendlichkeit‘ ihrer möglichen Kombinationen eine endgültig wahre Geschichtsschreibung verhindern. Greifbar seien folglich immer nur „Teilwahrheiten“ (S. 38).

So erweist sich Paravicinis Buch als ein geschichtstheoretischer und geschichtspolitischer Rundumschlag, dessen wissenschaftsorganisatorische Kritik noch am ehesten auf Zustimmung stoßen wird. Dass andererseits die Wissenschaft Moden unterliegt, ist genauso wenig verwunderlich und frevelhaft wie die Auffassung, dass es mehr als eine Sicht auf dieselbe Wahrheit gibt. Und gerade das bestreitet letztlich nicht einmal Paravicini selbst. Seine Kritik an (post-)modernen Wahrheitsbegriffen offenbart demnach eher einen Generationen- als einen Methodenkonflikt: Sein Buch ist das eines erfahrenen Historikers, der als „alter Hase“ (S. 37) sein Unbehagen über gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtswissenschaft mitteilen und an die „jungen Leute“ (S. 23) weitergeben möchte. Dabei artikuliert er ein Misstrauen, das wohl jeder Historiker subjektiv teilt; ob dies jedoch geschichtstheoretisch einhegbar ist, bleibt offen. Der Polemik fehlt folglich die Pointe: Paravicinis Kritik verfängt nicht richtig, da der Autor zuletzt selbst zu den von ihm kritisierten Positionen zurückkehrt.

Marian Nebelin, Berlin